Schweizerisches Bundesblatt.

XIV. Jahrgang. III. Nr. 58. 17. Dezember 1862.

Jahresabonnement (portofrei in der ganzen Schweiz): 4 Frk.

Einzelnungsgebühr per Zeile 15 Cent.— Inserate sind frankirt an die Expedition einzusenden
Druck und Expedition der Stämpflischen Buchdruckerei (S. Hünerwadel) in Bern.

B e r i c h t

des

Bundesrathes an die h. Bundesversammlung über den Stand
des Anleihens an die Eisenbahngesellschaft des Jura in-
dustriell.

(Vom 5. Dezember 1862.)

Tit. I

Unterm 22/24. Juli d. J. erließen Sie ein Postulat des Inhalts:
„Der Bundesrath wird eingeladen, über das Anleihen an
„die Eisenbahngesellschaft des Jura industriell der Bundesversamm-
„lung in der gegenwärtigen Session oder später einen Spezial-
„bericht zu erstatten.“*)

Der Bundesrath gibt sich die Ehre, Ihnen über diese Angelegenheit
folgenden Bericht zu erstatten:

Die allgemeine Regel für die Verwendung eidgenössischer Fonds
bildet das Bundesgesetz vom 23. Dezember 1851.**)

Im Art. 2, Absatz 1, werden erwähnt Anleihen mit direktem Liegen-
schaftsunterpfand, oder dann solche mit saufpfändlicher Hinterlage von
grundversicherten Titeln.

Im nämlichen Artikel, Ullinea 2, ist des Falles gedacht, wo die
Gelegenheit zur Anschaffung von Titeln obiger Art mangelt, und es wird

*) Siehe eidg.-Gesetzsammlung, Band VII, Seite 316, Ziffer 7.

***) " " " " III, " 6.

dann gestattet, Anleihen zu placiren entweder gegen andere sichere Hinterlagen oder bei schweizerischen Banken, deren Statuten und Einrichtungen vollständige Garantien darbieten, auf kurze Fristen und gegen übliche Zinsen.

Es ist in diesem Bundesgesetze der Eisenbahnen allerdings nicht gedacht, dagegen aber auch nicht solcher außerordentlicher Verumständen, wo die Gelegenheit fehlt, Bundesgelder in der einen oder andern vom Gesetze vorgesehenen Weise ertragbar zu verwenden.

Das erste Anleihen der Eisenbahnen hat seinen Entstehungsgrund in den außerordentlichen Ereignissen des Winters von 1856—1857. Man erinnere sich an das im Monat Dezember 1856 in Stuttgart abgeschlossene Zwölfmilionen-Anleihen, das in sechs Raten vom 15. Januar bis 31. März 1857 eingezahlt sein sollte, unter Einräumung zwar der Befugniß an die Uebernehmer, ohne Rücksicht auf obige Termine auch vorzeitige Zahlungen zu leisten.

Der Beschluß der h. Bundesversammlung vom 15. Januar 1857 diente zur definitiven Beseitigung aller Kriegsbefürchtungen, nachdem diese schon durch vorhergegangene Anzeichen wesentlich geschwächt worden waren.

Am 15. Januar 1857 wurde die erste Anleihekrate eingezahlt und außerdem noch eine bedeutende Summe zum Voraus. Der Betrag der verbindlichen Ratazahlung belief sich auf . . . Fr. 1,727,500. —
effektiv wurden eingezahlt „ 3,144,771. 73
also über die Rata hinaus Fr. 1,417,271. 73

Diese Antizipationszahlungen, welche in der Folge fortgesetzt wurden, waren natürlich von einem Zins-Escompte zu Gunsten der Einzahler begleitet, theils zu $4\frac{1}{2}$, theils zu 5 %/o, je nachdem sie für Rechnung des einen oder andern Anleiheus gemacht worden waren, und dessen Betrag sich schließlich auf Fr. 18,076. 03 belief und sich dann durch den Zusatz unvorhergesehener Spesen im Betrage von Fr. 7,689. 85 zu einer außerordentlichen Mehrausgabe von Fr. 25,765. 88 im Ganzen steigerte.

Hatte nun ferner die Negozirung des Anleiheus selbst an Kursdifferenzen, Kommissionen und Provisionen einen Ausfall von Fr. 635,000 verursacht, und kam noch dazu, daß der Zinslauf vom Anleihen mit dem 15. anfieng, so lag es in der Pflicht der Behörde, die eingehenden Gelder möglichst schnell ertragbar und sicher anzulegen.

Anlagen mit direkter Grundpfandversicherung oder mit faustpfändlicher Hinterlage grundversicherter Schuldtitel waren aus dreierlei Gründen geradezu unmöglich. Fürs Erste waren solche dauernde Anlagen schon darum nicht indijirt, weil die Gelder der halbjährlichen Zins- und Ratazahlungen halber beweglich gehalten werden mußten; dieses um so mehr, als fürs Zweite eine Verfügung der Bundesversammlung auf sammelhafte Heimzahlung des einen oder andern Anleiheus im Bereiche der Möglichkeit lag, wie diese Vermuthung in der Folg: sich auch in der

That verwirklicht hat, und endlich fürs Dritte, weil es an der Gelegenheit für derartige Placements durchaus gefehlt haben würde, der langen Zeitdauer, deren es hiefür bedurft hätte, und der damit nothwendig verknüpften Zinseinbuße gar nicht zu gedenken:

Nachdem es unter bereitwilligem Entgegenkommen der Herren Anleihsübernehmer dem Finanzdepartement gelungen war, eine Million vom 4½prozentigen Anleihen unter günstigen Bedingungen zurückzukaufen, so verblieb schließlich ein Nettoproduct von Fr. 10,365,000, für welches, wenn immer möglich, bis 31. März die Verwendung gesucht werden mußte.

Es stund nun zwar mit vieler Wahrscheinlichkeit in Aussicht, daß ein Theil der Gelder bei schweizerischen Banken auf kürzere Fristen kündbar werde angelegt werden können, während aber noch viel mehr Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden war, daß dieses nur zum weit geringeren Theile möglich sein werde. Als vollends sicher war aber vorauszusehen, daß Banken weder eine Provision, noch einen höhern Zinsfuß als 4 % bezahlen würden.

Unter solchen Umständen mußte ein Anerbieten des Direktoriums der schweizerischen Centralbahn in Basel zu sofortiger Uebernahme von vier Millionen, zu 5 % verzinslich, nebst einer Kommission von Fr. 40,000 als höchst willkommen erscheinen, und der Bundesrath konnte keinen Anstand nehmen, das Anleihen zu bewilligen. Es wurde kontrahirt auf den 31. Januar 1857 mit ratenweisen Rückzahlungsterminen bis Ende 1860.

Au „sichern Hinterlagen“ konnte die Debitorschaft zwar nur einen verhältnißmäßig kleinen Theil prästiren. Dagegen hatten die von der Gesellschaft geleisteten Ausweise über Aktienkapital, Betrag liberirter Aktien und ausgegebener Obligationen die Sicherheit der Anlage außer Zweifel gesetzt, und zudem ist schließlich das Direktorium bezüglich der unzulänglichen Hinterlagen mittelst persönlicher Garantie von Seite seiner Mitglieder, deren Zahlungsfähigkeit im Solidaritätsverbände als hinlänglich betrachtet werden durfte, in die Lücke gestanden.

Es wurden dann vom 10. Hornung hinweg bis zum 22. April, wo die eidgenössische Staatskassaverwaltung ihre Endrechnung über das Anleihen stellte, auf kürzere Fristen zu 4 % bei schweizerischen Banken Fr. 4,500,000 verwendet, so daß also auf diesen Tag bei einem Gesamtkassabestand von circa Fr. 3,700,000 vom Anleihen selbst noch mehr als Fr. 1,800,000 unertragbar in der Kasse zurückblieben.

Indem wir noch bemerken, daß das Anleihen der Centralbahn schon 1859 vollständig zurückbezahlt worden ist, gehen wir nunmehr der Reihenfolge nach auf die späterhin noch abgeschlossenen Eisenbahnanleihen über, nämlich:

Union Suisse	per	2½	Millionen,
Franco Suisse	„	2	„
Jura industriel	„	1	„

und es ist bezüglich dieser drei Anleihen gleich vor Allem zu konstatiren, daß auch sie, gleich dem ersten, mit den außerordentlichen Ereignissen vom Winter 1856—1857 in innigem Zusammenhange standen.

Wie im Frühjahr 1857 das Geld gesucht, der Zinsfuß hoch war, so war im Frühjahr 1858 gerade umgekehrt das Geld im Ueberflusse vorhanden und der Zinsfuß herabgedrückt.

Mit Schreiben vom 12. Hornung 1858 hatte die Staatskassaverwaltung dem Finanzdepartement zur Kenntniß gebracht, daß von Seite der Zentralbahn und der verschiedenen Banken auf Ende April Fr. 6,200,000 gekündigt seien, während zwei andere Banken schon Fr. 110,000 wirklich zurückbezahlt hätten, und daß für diese rückstehenden Gelder eine nutzbare Wiederverwendung nicht bekannt sei.

Auf dauernde Anlagen mit grundpfändlicher Versicherung mußte man aus den früher schon angegebenen Gründen vorweg verzichten; die Banken aber, statt Gelder zu übernehmen, zahlten im Gegentheil zurück (obwohl mittelst Zinsreduktion auf 3 % später ein kleiner Theil konnte stehen gelassen werden).

Unter solchen Umständen mußte es auch jetzt wieder als willkommen erscheinen, daß noch im Monat Hornung der Vorstand der Vereinigten Schweizerbahnen in St. Gallen sich um Uebernahme von 2½ Millionen à 5 % meldete; und der Bundesrath nahm abermals keinen Anstand, das Anleihen zu bewilligen, nachdem die Gesellschaft über gezeichnete Aktien, Betrag der liberirten Aktien und ausgegebenen Obligationen sich befriedigend ausgewiesen hatte.

Das Anleihen wurde definitiv abgeschlossen auf 1. März mit ratenweiser Rückzahlung bis zum 1. Oktober 1859, welche auch auf diesen Zeitpunkt richtig erfolgte.

Anfangs März 1858 wurde ein ferneres Anleihenbegehren gestellt durch den Administrationsrath der Eisenbahngesellschaft Franco Suisse in Neuenburg für zwei Millionen à 5 %, und da sich diese Gesellschaft bezüglich Aktienkapital, Betrag der liberirten Aktien und ausgegebenen Obligationen gleichfalls befriedigend ausgewiesen hatte, so wurde auch dieses Anleihen bewilligt, zwar unter der weiteren Bedingung der solidarischen Mitverpflichtung von fünf Mitgliedern der Bahngesellschaft, die sich zum Voraus dazu erboten hatten und deren Zahlungsfähigkeit im Solidaritätsverbande zweifellos war.

Auch wurde hier bezüglich der Errichtung des Obligationeninstrumentes mit Hinblick auf die mannigfachen Partikularitäten der Neuenburger-Civilgesetzgebung ganz besondere Vorsicht empfohlen, worauf zurückzukommen wir weiter unten Gelegenheit haben werden.

Das Anleihen wurde am 1. Mai abgeschlossen mit ratenweisen Rückzahlungen bis zum 31. Dezember 1860, und auf diesen Termin auch vollständig rembourst.

Anfangs April 1858 endlich meldete sich auch der Vorstand der Eisenbahngesellschaft durch den Jura industriel für ein Anleihen von einer Million.

Diese Gesellschaft wies aus: ein statutengemäßes Aktienkapital von sieben Millionen, von denen bereits 5,970,000 eingezahlt waren. Auf ein erstes Anleihen von drei Millionen, worauf bereits zwei Millionen einbezahlt waren, und die dritte Zahlung im Laufe des Jahres stattfinden sollte, wurden für drei Millionen Obligationen ausgegeben.

Auf die Bahn waren acht Millionen verwendet, ungefähr die Summe der bisherigen Einzahlungen auf Aktien und Obligationen.

Auch wies das durchschnittliche Betriebsergebniß von sechs Monaten auf der Bahnsektion La Chaux-de-Fonds-Loche eine Bruttoeinnahme von Fr. 22,000 per Jahr und per Kilometer aus, was auf eine verhältnißmäßig günstige Rentabilität der ganzen Linie schließen ließ.

Die Gesamtkosten für die Erstellung der Bahn waren jetzt auf 13—14 Millionen veranschlagt, während anfänglich nur auf 8—9 Millionen. Die Gesellschaft war auch auf dem Punkte, mit Herrn Stockmayer ein zweites Anleihen abzuschließen um Fr. 1,777,406, aus dessen Ertrag dann die eidgenössische Million rembourst werden sollte (siehe den gedruckten Bericht des Verwaltungsrathes an die Generalversammlung der Aktionäre vom 29. Mai 1858, pag. 11, Nr. 2, Ulinea 3, 2. Satz: „Cet emprunt (de la Confédération) consenti sans commission et portant intérêt au cinq pour cent l'an, n'a qu'un caractère provisoire, et il sera remboursée avec le produit du second emprunt que nous avons fait à Stuttgart“).

An alle diese vorangehenden günstigen Momente reihte sich dann noch das Anerbieten der Gesellschaft auf persönliche Haftbarkeitsverpflichtung von Seite zehn Mitgliedern ihres Verwaltungsrathes.

Hier ist im Vorbeigehen noch zu bemerken, daß für die wirkliche Vollendung der Bahn der Umstand beruhigend in die Waagschale fiel, daß das ganze Aktienkapital im Kanton Neuenburg selbst placirt war.

Der Bundesrath bewilligte das Anleihen unterm 5. April 1858 unter der erschwerenden Bedingung, daß von der statutengemäßen Anzahl von 32 Verwaltungsräthen wenigstens die Hälfte, statt nur 10 Mitglieder, sich verpflichten mußten, und dann noch unter dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß das eidgenössische Anleihen gesetzlich die Priorität vor allen nachfolgenden Anleihen besitzen mußte, und daß zur Wahrung dieser Prioritätsrechte die nöthigen Kautelen angewendet würden.

Das Finanzdepartement ordnete die Vollziehung an, indem es dabei die pünktlichste Beobachtung der hievorigen Vorschriften einschärfte; mit dem gleichzeitigen Auftrage, daß bezüglich der Zahlungsfähigkeit der sich als Bürgen dargebenden Persönlichkeiten genaue Erkundigungen eingezo-gen werden sollten.

Es erfolgte hierauf vor Allem die Namhaftmachung der Bürgen.

Die statutengemäßen 32 Mitglieder des Verwaltungsrathes vertheilten sich, wie folgt:

auf den Staatsrath von Neuchâtel	8
" die Bourgeoisie	4
" " Municipalität "Chaux-de-Fonds"	4
" " "Locle"	4
" " übrigen "Aktionäre	12
	<hr/> 32

Als Bürgen gaben sich nun dar:

von Staat in den Administrationsrath gewählte Mitglieder	5
darunter zwei Herren Staatsräthe;	
von den Seitens der Municipalität in Chaux-de-Fonds in den Verwaltungsrath gewählten Mitgliedern	1
von den von Seite der Municipalität in Locle in den Verwaltungsrath gewählten Mitgliedern	2
von den Seitens der übrigen Aktionäre in den Verwaltungsrath gewählten Mitgliedern	9

17

Also ein Mitglied mehr als die als mindeste Anzahl geforderte Hälfte.

Die bezüglich der Zahlungsfähigkeit dieser Personen eingeholten Erkundigungen lauteten für einige derselben ausgezeichnet, für andere befriedigend, und nur für einige wenige mittelmäßig oder schwach, im Ganzen aber, und dann namentlich vom Gesichtspunkte der Solidarität aus beurtheilt, als über jeden Zweifel erhaben.

In dem hienach errichteten Bürgschafts-Instrumente verpflichteten sich die Bürgen sowol solidarisch mit der Gesellschaft als unter sich selbst, unter Verzichtleistung auf die Rechtswohlthat sowol der Theilung als der Vorkausflage.

Dem eidgenössischen Anleihen gieng bis dahin allein das erste Stockmayer'sche Anleihen von 3 Millionen vor, und es mußte also Vorsorge getroffen werden, daß spätere Anleihen dem eidgenössischen an Rang und Recht nicht vorangehen, wol auch nicht einmal gleichstehen sollten.

Zu jener Zeit noch konnten Spezialunterpfandsrechte gemäß Art. 1715 des Code Neuchâtelois nur auf Liegenschaften errichtet werden, welche dem Verkehr nicht entzogen waren, so daß also auf dem Bahnkörper eine solche Spezialhypothek nicht hatte erworben werden können. Der Stockmayer'sche Titel konnte daher nichts Anderes sein und war nichts Anderes, als eine notariatische Obligation (acte authentique) mit der generellen Unterpfandsklausel. Diese Art von Titel nehmen nach Art. 75 des Gesetzes über Fallimente vom 16. Mai 1842 Rang nach denjenigen

Titeln, welchen gesetzlich generelle und dann spezielle Vorrechte eingeräumt sind, also unmittelbar nach den Forderungstiteln mit speziellen Unterpfandsrechten.

Die Eidgenossenschaft konnte mithin keinen andern Titel außer einer notariell gefertigten Obligation mit allgemeinen Unterpfandsrechten erwerben. Gemäß Art. 110 des Gesetzes über Fallimente vom 23. Dezember 1859 werden nun solche Notariats-Obligationen eine nach der andern in der Reihenfolge des Datums ihrer Errichtung in natura auf das Massavermögen kolloziert, welches nach vorgängiger Ausbezahlung der privilegierten Forderungen übrig geblieben ist. Dieses ist nämlich so zu verstehen: Die Vermögensobjekte werden amtlich in definitiver Weise geschätzt, und so viel Schätzungswerth vorhanden ist, so viel wird an Forderungsbeträgen darauf angewiesen (Titel frühern Datums haben demnach den noch immer wichtigen Vorzug, daß sie die nähere Anwartschaft haben, auf die Schätzung überhaupt noch angewiesen zu werden). Ist aber die Schätzung voll, so fallen alle andern Forderungen außer Betracht.

Diese Rangordnung übt dagegen auf die Vertheilung des aus den Vermögensobjekten wirklich realisirten Werthes keinen wesentlichen Einfluß. Der Vorzug besteht lediglich darin, daß z. B., wenn Fr. 6000 Schätzungswerth vorhanden ist und dann 3 Forderungstitel von je Fr. 2000, diese Titel, der eine nach dem andern, und also der dritte zuletzt, voll ausbezahlt werden, was demnach nur bei Verkaufstermingebungen von einiger, immerhin untergeordneter Bedeutung sein kann. So verhält es sich nämlich in dem Falle, wenn aus den Vermögensobjekten mittelst Veräußerung auch wirklich die Schätzungssumme erlöst wird.

Angenommen dagegen, die Realisirung hätte nur ein Produkt von Fr. 5,000 ergeben, so haben sich sämmtliche 3 Titelinhaber in diese Summe pro rata zu theilen und mithin jeder derselben ohne fernere Berücksichtigung des frühern oder spätern Datums den Ausfall verhältnißmäßig zu tragen.

Auf der einen Seite konnte mithin keine spätere Notariatsobligation errichtet werden, welche dem eidg. Anleihen im Fallimentsfalle die Anweisung in natura unmittelbar nach dem Stockmayerschen Anleihen hätte streitig machen können, während auf der andern Seite es nicht hätte verhindert werden können, daß nicht noch spätere Titel errichtet würden, die möglicherweise auch noch in die Schätzung fielen, und mit denen wir dann, falls die Schätzungssumme nicht erlöst worden wäre, uns gleichfalls in den Verlust hätten theilen müssen. Gegen eine solche Eventualität konnte keine Verhütungsmaßregel getroffen werden.

Es konnte dieß jedoch allerdings in einer andern Richtung geschehen, insofern nämlich Titel von einem und demselben Datum, gleichviel, ob des Morgens oder erst des Abends errichtet, sich in der Rangordnung durchaus gleichstehen.

Sind z. B. die Vermögensobjekte auf Fr. 5000 geschätzt und zwei frühere Titel verschiedenen Datums vorhanden, ein jeder im Betrag von Fr. 2000, so würden diese beiden je voll in die Schätzung angewiesen; wären aber noch weitere zwei Titel vorhanden von einem und demselben Datum, jeder à Fr. 1000, so würde jeder dieser Titel um Fr. 500 in die noch um Fr. 1000 offene Schätzung angewiesen.

Die Gesellschaft hat sich daher verpflichten müssen, an demselben Tage, wo der Titel für die eidgenössische Million errichtet wurde, keinen folgenden Titel errichten zu lassen.

Die Gesetzgebungen bleiben nun aber nicht stabil, und es haben namentlich die Verkehrsverhältnisse der Neuzeit mannigfachen gesetzgeberischen Akten gerufen. So hatte man auch bereits Beispiele vor sich, wonach Eisenbahnkörper mittelst ausnahmsweiser gesetzlicher Bestimmung als spezieller Unterpfandsrechte befähigt erklärt wurden, und wo dann natürlich die zuerst eingetragene Hypothek alle frühern notariatischen Forderungstitel an Rang und Recht überflügelte.

Durch das Eintreten einer solchen Eventualität durfte man sich nun allerdings nicht überraschen lassen, und es mußte aus diesem Grunde die Gesellschaft die Verbindlichkeit übernehmen, überhaupt so lange keine speziellen Unterpfandsrechte an der Bahn zu bestellen, als nicht die eidgenössische Million bezahlt sein würde. Diese Bestimmung sicherte der eidg. Verwaltung das Recht, sich jeder derartigen Inscription wirksam zu widersetzen, resp. solche inner der gesetzlichen Frist von 6 Wochen behufs Streichung anzufechten.

Diese Vorsorge hat sich in der Folge gerechtfertigt, insofern nämlich ein späteres Großrathsdekret vom 16. Hornung 1860 fortan auch Eisenbahnen für spezielle Hypothekarrechte empfänglich erklärte.

Mit Rücksicht auf die Artikel 368—386, 1715 und 1718 des Code Neuchâtelois konnte nicht angenommen werden, daß das Betriebsmaterial wie eine Accession des Bahnkörpers als mit diesem identisch zu betrachten sei, und es konnte demnach auch ein Vorrecht darauf nur mittelst Faustpfandsvertrages daran erworben werden. Es lag aber eben sowol im Bereiche der Möglichkeit, daß das Betriebsmaterial später gesetzlich zu einer Accession des Bahnkörpers erhoben würde und dann kein faustpfändliches Recht daran mehr möglich wäre. Man nahm somit auch in dieser Richtung eine vorbeugende Bestimmung auf, die sich indessen in der Folge als unnütz erwies. Der Große Rath erklärte nämlich sub 16. Hornung 1860 das Betriebsmaterial in der That als eine Accession der Bahn, was man sich, da noch keine erworbenen Faustpfandsrechte existirten, vollständig gefallen lassen mußte.

Noch war endlich der Fall gedenkbar, daß die Gesellschaft ein dem Datum nach späteres Anleihen abschließen würde, wiewol mit früherem Rückzahlungstermin als der für's eidgenössische Anleihen festgesetzte, so daß

dieselbe möglicherweise mittelst solcher früherer Rückzahlung dem Zwang unterlag, ihre finanziellen Kräfte zum Nachtheile unseres erworbenen Rückzahlungstermines schwächen zu müssen. Es wurde demgemäß auch der Gesellschaft mittelst titularischer Verpflichtung das Verbot auferlegt, für irgend ein späteres Anleihen einen frühern Rückzahlungstermin zuzugestehen.

Was im Fernern die mündliche Zusage betrifft, wonach die eidgenössische Million aus dem Ertrage des zweiten Stofmayer'schen Anleihe's rembourst werden soll, so konnte dieselbe im Schuldtitle nicht wol dokumentirt werden, schon aus dem einfachen Grunde, weil das Schicksal der bezüglich dieses Anleihe's waltenden Unterhandlungen noch in der Schwebe war. Sie ist übrigens öffentlich dokumentirt in dem schon erwähnten gedruckten Rapporte des Administrationsrathes an die Generalversammlung der Aktionäre vom 29. Mai 1858.

Diese im Namen des Verwaltungsrathes gemachte Zusage mußte ohne Anderes den Mitgliedern dieses letztern bekannt sein; und da die Mehrzahl derselben, darunter 2 Mitglieder des Staatsrathes, die Bürgerschaft selbst unterzeichnet hatten, so lag es doch gewiß zunächst an diesen sämtlichen verhafteten Mitgliedern selbst, für deren Einhaltung gesflentlich besorgt zu sein, zumal ihnen selbst hiefür auch die nächste Gelegenheit geboten war.

Der Titel war errichtet worden auf 1. Mai 1858 mit einheitlichem, festem Rückzahlungstermine auf 31. Dezember 1860.

Gegen Ende des Jahres hatte sich die Thatfache zur unabweisbaren Gewißheit gestaltet, daß die vorerst auf 8-9 Millionen berechneten Erstellungskosten der Bahn diese Summe weit übersteigen müßten, und es wurden dieselben nun neuerdings, wie schon früher im Vorübergehen bemerkt, zwar durch einen Techniker von erprobtem Rufe detaillirt, und wie man damals meinte, definitiv auf runde 14 Millionen ermittelt.

In Folge dessen leisteten die beiden Municipalitäten in La Chaux-de-Fonds und Locle mittelst Anleihe'saufnahme einen außerordentlichen Beitrag von Fr. 2,550,000, und ungefähr um die nämliche Zeit kam endlich auch das Stofmayer'sche Anleihen von Fr. 1,777,406 zum Abschlusse, und man vermeinte an der Hand dieser neuen Hülfsmittel das Unternehmen nunmehr bis zur vollständigen Betriebsfähigkeit fördern zu können.

Mittlerweile war, beiläufig gesagt, der mit 1. Mai 1859 fällig gewordene Jahreszins von der eidg. Million mit Fr. 50,000 richtig bezahlt worden.

Die fernere Thatfache, wonach sich nach und nach im Verlaufe des Jahres und dann unterm 15. September 1859 definitiv herausgestellt hatte, daß die oben erwähnten Hülfsmittel unzureichend seien und zur gänzlichen Erstellung der Bahn und Bezahlung der bereits vorhandenen

kontraktmäßigen Verpflichtungen noch weitere drei Millionen erforderlich seien, war dazumal noch nicht zur Oeffentlichkeit gelangt. Es geschah dieß vielmehr erst zu Anfang des Jahres 1860, nachdem Hr. Dr. Stockmayer seine zum größeren Theil von der Gesellschaft in Umlauf gesetzten Accepte im Gesamtbetrage von Fr. 810,357. 03, welche Ende 1859 und Anfangs 1860 fällig geworden waren, mit Protest abgewiesen hatte.

In Folge Vergleichs gab Herr Dr. Stockmayer der Gesellschaft andere Valoren als Deckung, wogegen dann die letztere an seiner Statt die Einlösung der Accepte übernahm, deren Inhaber sodann auf die Gesellschaft zurückgriffen, ohne daß diese jedoch im Stande gewesen wäre, den an sie gerichteten Anforderungen zu genügen, so daß der Fall des drohenden Konkurses vorhanden war.

Auf nächste Veranlassung des Trägers der Hauptobligation vom ersten Stockmayer'schen Anleihen von 3 Millionen wurde am 6. Februar 1860 in La Chaux-de-Fonds eine Konferenz zwischen Abgeordneten der Municipalitäten von Locle und La Chaux-de-Fonds, dem Direktorium und den Hauptkreditoren der Gesellschaft eröffnet, um einerseits den wahren Stand der Dinge zu konstatiren und andererseits die Mittel zu berathen, wie unter möglichster Wahrung der sämtlichen Interessen dem Fallimente und mit diesem zugleich dem gänzlichen Zerfall des Unternehmens vorgebeugt werden könnte.

Diese Konferenz war auch von Seite des schweizerischen Finanzdepartements zum Anhören und Berichterstaten beschickt worden.

Von sämtlichen Anwesenden konnte Niemand darüber im Zweifel sein, daß nicht vor Allem der Ausbruch des Fallimentes verhindert werden müsse, indem das letztere gleichbedeutend war mit dem gänzlichen Aufgeben des Unternehmens und dem Preisgeben aller daran geknüpften und darin versangenen Interessen. Dafür waren aber die Bezahlung aller rechts-triebzbereiten Forderungen und die Vollendung der Bahn bis zur vollen Betriebsfähigkeit unerläßliche Bedingungen, und für die Erfüllung der letztern mußte Geld herbeigeschafft werden. Auf den Kredit der Gesellschaft war jedoch keines erhältlich, und man mußte sofort einsehen, daß eine reelle Garantie gegeben werden müsse, was am zweckmäßigsten mittelst Bestellung von speziellen Unterpfandsrechten zu bewerkstelligen war, insofern nur die Möglichkeit, solches zu thun, durch einen Akt der Gesetzgebung eingeräumt würde.

Am 10. Hornung 1860 kam sodann, den nachträglichen Beitritt sämtlicher Interessenten vorbehalten, unter den Anwesenden eine Konvention zu Stande, gemäß welcher der Gesellschaft die Aufnahme eines neuen Anlehens von 1½ Millionen bewilligt wurde. Dann sollte der Ausbau der Bahn einer durch beide Municipalitäten Locle und La Chaux-de-Fonds berufenen neuen Gesellschaft übertragen und dieser im Weitern dann auch der pachtweise Betrieb der Bahn übergeben werden. Diese

Gesellschaft sollte sich unter dem Titel: „Compagnie d'exploitation“ sofort konstituieren und derselben für Erfüllung der ihr gestellten Aufgabe ein von den beiden Municipalitäten hiefür eigens gezeichnetes Aktienkapital von 3 Millionen (das neu aufzunehmende Anleihen von 1½ Millionen) hierin nicht inbegriffen) zur Verfügung gestellt werden.

Das neu aufzunehmende Anleihen sollte spezielle Unterpfandsrechte auf den Eisenbahnkörper und dessen Accessionen erhalten; ein Gleiches sollte dann geschehen bezüglich des ersten Stockmayerschen Anleihe von 3 Millionen, sowie des Anleihe der Eidgenossenschaft von einer Million, welcher Unterpfandsrechte im zweiten und dritten Range vorbehalten wurden. Dagegen müßten sich die Träger der beiden erstern Obligationen anleihen dazu herbeilassen, von ihrem mit dem Pfandrechte verbundenen eventuellen Expropriationsrechte vor Ablauf der nächsten 5 Jahre, also bis zum 10. Hornung 1865, keinen Gebrauch zu machen und bezüglich etwaiger im Rückstand gebliebener Zinsen sich einfach den Zuschlag zum Kapital gefallen zu lassen.

Dann sollte schließlich, um die Ausführung der Konvention überhaupt möglich zu machen, der Große Rath um Erlaß gesetzlicher Bestimmungen angegangen werden, gemäß welcher fortan auch auf Eisenbahnen spezielle Unterpfandsrechte bestellt werden könnten.

Diesem Begehren willfahrte der Große Rath mittelst Dekretes vom 16. Hornung 1860, durch welches dann noch im Fernern das Betriebsmaterial von jetzt an als eine Accession des Bahnkörpers erklärt wurde und als welche es somit diesem letztern in die hypothekarische Haftung zu folgen hatte.

Schon am 11. Hornung war die Konvention, mit Ausnahme der Eidgenossenschaft, von sämtlichen anwesenden Interessenten unterzeichnet worden; sie konnte aber früher nicht in Vollzug gesetzt werden, als bis sämtliche Unterschriften vorhanden waren.

Der Bundesrath mußte das Zustandekommen der Konvention an und für sich als ein günstiges Ereigniß betrachten, und er hätte auch, da solchermaßen die Gesellschaft aufrecht blieb und da das Anleihekapital noch nicht rückzahlbar und kein Zinsrückstand vorhanden war, von sich aus keinen Grund gehabt, mit seiner Beitrittserklärung, immerhin unter Festhaltung des Rückzahlungstermines, zurückzuhalten.

Dagegen mußte aber die Konvention rücksichtlich des eidg. Anleihe auch vom Gesichtspunkte einer Novation aus ins Auge gefaßt werden; und da wurde es einleuchtend, daß die Herbeiziehung und Mitwirkung der mit der Gesellschaft solidarisch verhafteten Bürgen eine Bedingung war, ohne deren Erfüllung der Beitritt der Eidgenossenschaft schlechterdings nicht erfolgen konnte.

Das Schicksal der Gesellschaft und des ganzen Unternehmens lag in diesem Zeitpunkte in der Hand der 17 Bürgen (auf welches höchst wichtige Moment wir später zurückkommen werden).

Es hielt der Gesellschaft aber sehr schwer, die Bürgen in ihrer Gesamtheit zum Beitritte zu bewegen, indem diese vielmehr der Ansicht waren, es wäre demalen weit eher Sache der beiden Municipalitäten, an ihrer Statt in die Garantie für die eidg. Million einzutreten. Sie ließen sich indessen schließlich gleichwol noch herbei. Ihre unterschriftliche Erklärung kam zwischen dem 3. und 13. März zu Stande, und die Ablieferung erfolgte dann unterm 22. gl. Monats.

In ihrer Erklärung beschränkten sie aber jetzt ihre Haftungsverbindlichkeit expresse auf den Zeitpunkt bis zum 31. Dezember 1860, so daß die Bürgschaft von da an eine für sich terminirte wurde, während sie bis dahin für sich unterminirt nur einer Forderung mit Rückzahlungsfrist gegolten hatte, ein Umstand, der jedenfalls vorzumerken war.

Nachdem nun in der angegebenen Weise einem hierseitigen Beschlusse vom 27. Hornung: „es seien alle Maßregeln zur Wahrung der eidg. „Interessen mit Bezugnahme hauptsächlich auf die fortdauernde Haftbarkeit der Bürgen zu treffen,“ ein Genüge geschehen war und der Bundesrath sich von der Wahrhaftigkeit der dießfalls getroffenen Anordnungen überzeugt hatte, so wurde unterm 29. März 1860 dem Finanzdepartemente die Vollmacht erteilt, der Konvention beizutreten.

Die dieser Verumständungen halber eingetretene Verzögerung hatte den Nachtheil herbeigeführt, daß die mittlerweile wegen Aufnahme eines Prioritätsanleihe eingeleiteten Unterhandlungen ins Stokten gerathen waren. Sie giengen dagegen von jetzt an um so rascher voran und endigten am 19. April mit der Uebernahme des Anleihe von 1 1/2 Millionen durch den alten Bankverein in Basel und gleichzeitigen Bestellung einer Spezialhypothek im ersten Forderungsranke zu Gunsten dieses Anleihe, worauf denn auch am 22. deßselben Monats die Hypothekbestellung im zweiten Forderungsranke für das erste Stockmayer'sche Anleihen von drei Millionen erfolgte.

Für die Einschreibung der eidg. Million im Hypotheken-Protokoll mit Forderungsrechten im dritten Ranke war zwar Termin schon auf den 26. angesagt worden; sie konnte dagegen wegen eingetretenen Differenzen bezüglich der Redaktion des Aktes selbst erst am 4. Mai stattfinden.

Nach Verfluß der für allfällige Angriffe gegen die vollzogenen Hypothekbestellungen offenen sechswöchentlichen Frist wurden die 1 1/2 Millionen flüssig, aus deren Erträgniß sodann auch, beiläufig gesagt, der von der eidg. Million auf 1. Mai 1860 fällig gewordene Jahreszins sub 14. Juni einbezahlt worden war.

Privaten und Banquiers hatten mittlerweile der Société d'exploitation, damit diese in ihrem Wirken nicht aufgehalten werde, mit Vorschüssen unter die Arme gegriffen. Wegen Beschaffung neuer finanzieller Hilfsmittel war der Kredit des Unternehmens vorerst wieder gehoben worden und hatten namentlich die verschiedenen Unternehmer frischerdings

Vertrauen geschöpft. Die Compagnie d'exploitation machte auch hievon bezüglich des Weiterbaues der Bahn bis zur vollständigen Betriebsfähigkeit umfassenden Gebrauch, also daß die Inauguration bereits unterm 14. Juli 1860 hatte stattfinden können.

Den einen Theil der ihr gestellten Aufgabe hatte die Betriebsgesellschaft erfüllt und die Linie in ihrem ganzen Zusammenhange dem Betriebe eröffnet.

Anderß dagegen verhielt es sich bezüglich des andern Theiles der übernommenen Aufgabe, nämlich der Erfüllung der eingegangenen Zahlungsverbindlichkeiten. Hier trat gerade dasjenige und noch ein Mehreres ein, was der Staatsrath des Kantons Neuenburg in seinem Rapporte an den Großen Rath vom 26. Januar vorausgefagt hatte, nämlich (zusammengefagt):

„Das Schicksal der Betriebsgesellschaft ist einzig und allein auf das erwartete bereinigte Betriebsergebniß gebaut, und es frägt sich somit, ob durch die neue Wendung der Dinge das Falliment, statt, wie man jetzt meint, gänzlich vermieden zu werden, nicht etwa vielmehr nur ver- tagt sei. Erwägt man nämlich, daß die jährliche Zinsverpflichtung der Gesellschaft sich beläuft auf Fr. 663,450 „der Betrieb allein aber kostet „ 603,258

„was also die Summe von Fr. 1,226,738 „ausmacht, und daß somit, wenn diesen Verbindlichkeiten auch wirklich „nachgekommen werden soll, ein jährlicher Brutto-Ertrag von Fr. 32,282 „per Kilometer erzielt werden muß (gegen anfänglich zu nur Fr. 22,000 „berechneten), ein Durchschnittsergebniß, das bis dahin kaum selbst die „durch die Verhältnisse am meisten begünstigten übrigen Schweizerbahnen „erreicht haben, so ist einleuchtend, daß auch die geringste Täuschung be- „züglich des gehofften Betriebsergebnisses neue Verlegenheiten erzeugen „muß; und zwar wird es dannzumal der Betriebsgesellschaft gerade so „ergehen, wie es sonst der eigentlichen Societé Neuchâteloise hätte er- „gehen müssen. Bricht aber über die Betriebsgesellschaft das Falliment „aus, so ist dann wegen Hinzutretens der neuen Schuld die Lage der „Interessenten noch schlimmer als zuvor.“

War das Resultat des frühern Betriebes der noch unvollendeten Linie ein höchst ungenügendes gewesen, so blieb dasselbe aber auch wäh- rend der nächsten Periode bei nunmehr durchgängiger Linie in nicht ge- ringerm Grade hinter den gehegten Erwartungen zurück. Von Netto- Produkt keine Rede, dagegen fortschreitende Schuldenanhäufung.

Die Gesellschaft hatte bisher ihre Existenz mittelst Aufzehrung des neuen Anleiheus und dann mittelst Ausgabe von wechselmäßigen Schuld- verpflichtungen auf Termin gesfristet. Als aber die Verfallzeit vom 31. Oktober herankam, mußten die zur Zahlung vorgewiesenen Billets totaler Zahlungsunfähigkeit halber protestirt werden. In Kassa befand sich nichts außer einer Anzahl Stockmayer'scher Zwanzigfranken-Loose im

Gesamtbeträge von zirka Fr. 320,000, ein vollständig werthloses Papier, das seinen Kredit längst überlebt hatte.

Diese Thatsachen gelangten Anfangs November zur Oeffentlichkeit. Zur Kenntniß des Bundesrathes gelangten sie zunächst durch ein Schreiben der Bürger vom 16. November 1860. Diese meldeten nämlich, die Betriebsgesellschaft werde ungeachtet des ihnen, den Bürgen, gemachten Versprechens absolut nicht im Stande sein, die eidg. Million auf Ende Jahres heimzuzahlen. Dabei erinnerten sich die Bürger ihrer solidarischen Haftbarkeit mit dem Hauptschuldner und stellten dießfalls das Gesuch, man möchte sich vorerst nur direkt an der letztern selbst (der Société Neuchâtelaise hatten, die geleistete Garantie somit nur subsidiarisch in Anspruch nehmen.

Es war nun aber keine Veranlassung vorhanden, dermalen überhaupt auf die Frage einzutreten; denn eine Uebertragung der Hauptschuld auf die Betriebsgesellschaft hatte nie stattgefunden und somit war auch die Société Neuchâtelaise stets allein Schuldnerin geblieben. Die von Seite der Betriebsgesellschaft gegenüber den Bürgen übernommene moralische Verpflichtung, die äußersten Versuche zur Abtragung der Schuld zu machen, hatte überall keinen rechtsverbindlichen Charakter, gieng aber vollends die Eidgenossenschaft, die hievon keine Notiz genommen hatte, gar nichts an.

Die Betriebsgesellschaft ihrerseits verlangte mit Schreiben vom 29. November 1860, unter Hinweisung auf die Sachlage, für die Rückzahlung des Kapitals Terminverlängerung bis Ende 1862, und sie wurde in diesen Begehren von den Bürgen unterstützt.

Wenn man sich nun erinnert, daß in der Konvention vom Hornung 1860 die übrigen Hypothekargläubiger sich des Betretungsrechtes gegen die Gesellschaft bis zum Jahre 1865 begeben hatten, so lag es einzig noch in der Gewalt der eidg. Verwaltung, von außenher das Falliment zu provoziren. Die Betriebsgesellschaft war zwar, wie schon bemerkt, nicht selbst Schuldnerin, und das von ihr gestellte Terminverlängerungsgesuch mußte natürlich als Namens der eigentlichen Gesellschaft und im Verständniß mit dieser gestellt betrachtet werden; denn es lag auf der Hand, daß die eine so wenig als die andere würde bezahlen können.

Der Bundesrath mochte indessen aus verschiedenen Gründen der Gesellschaft den ersten Stoß zu ihrem Falle nicht versetzen.

Man war hievon abgehalten für's Erste durch die Rücksicht auf möglichste Erhaltung des Kredites schweizerischer Eisenbahn-Unternehmungen im In- und Auslande; dann stand für's Zweite immer noch die Intervention des Staates Neuenburg selbst zu hoffen; für's Dritte konnte die Lage der Dinge durch weitere Terminverlängerung auch im ungünstigsten Falle kaum viel schlimmer werden, namentlich weil man von jeher bezüglich der Sicherheit der Anlage das meiste Gewicht auf die vorhandene

Bürgschaftsgarantie gesetzt hatte. Die Fortdauer dieser letztern war vorläufig durch das diesfalls gestellte Anerbieten gesichert, und sie wurde es bald darauf definitiv, insofern die Bürgen im Weitem zu dessen Erhärtung einen notarialischen Akt unterzeichneten.

Auf dieses hin erhielt die Compagnie Neuchâteloise unterm 3. Dezember 1860 einen weitem Termin, zwar nicht, wie verlangt, bis Ende 1862, sondern nur bis Ende 1861, unter dem Vorbehalte, daß, falls der auf 1. Mai 1861 verfallende Zins nicht rechtzeitig bezahlt werden sollte, dannzumal sofort mit dem Zins das Kapital zugleich gefordert würde.

Am 24. Dezember sodann legte die Société d'exploitation ihre Bilanz freiwillig selbst nieder, was indessen auf die der Compagnie Neuchâteloise bewilligte Terminverlängerung keinen Einfluß üben konnte. Die letztere stand noch immer aufrecht und konnte es, wenn auch unwahrscheinlicher, so doch immer möglicherweise ferner noch bleiben.

Gleichwol wurde nicht unterlassen, die Forderung der Eidgenossenschaft auch am Geldtags-Protokoll der Betriebsgesellschaft im Einverständnis der Bürgen und unter deren Mitwirkung einzugeben. Das gerichtliche Verfahren nahm seinen normalen Verlauf.

Das Tribunal in La Chaux-de-Fonds hatte auf den 22. Hornung 1861 eine Creditorenversammlung ausgesprochen und im Weitem ein Syndikat aus 2 Personen aufgestellt, welches vorläufig bis zu obigem Termin den Bahnbetrieb für Rechnung der Masse fortzusetzen hatte.

Dieses Syndikat gab jedoch schon im Monat Januar die Erklärung ab, daß ein fortgesetzter Betrieb unter den waltenden Umständen, vom finanziellen Standpunkte aus — leere Kassen und für laufende Einnahmen gerade die ungünstigste Jahreszeit — eine Unmöglichkeit sei, und es müßte daher zum Voraus von Seite der Gesellschaft, resp. der Creditoren oder wer es sei, anderweitig für die Uebernahme des Betriebs gesorgt werden, sofern dieser überhaupt nicht eingestellt werden sollte.

So kurze Zeit das neue Verkehrsmittel bestanden hatte, so sehr war es doch schon Jedermann klar geworden, daß das Aufgeben desselben die öffentliche Kalamität noch vermehren müßte; schwer mußte auch die Rücksicht für die Creditoren der Gesellschaft ins Gewicht fallen, deren Interessen bei einer Betriebseinstellung vollends aufs höchste gefährdet worden wären. An einen Selbstbetrieb durch diese Letztern war aber nicht zu denken, indem eine Einigung derselben zu fraglichem Zwecke während der gegebenen Frist geradezu unmöglich war, dieses auch ganz abgesehen von der an Unmöglichkeit gränzenden Schwierigkeit, die für die Fortsetzung nöthigen Fonds von ihnen erhältlich zu machen.

Unter solchen Umständen konnte man die Hoffnung nur allein auf die oberste Staatsbehörde setzen, und bedenkt man, daß diese letztere das Unternehmen, wenn auch nicht zuerst gehegt, so doch gepflegt und durch die

Staatsbetheiligung von drei Millionen Franken dasselbe nach innen und außen akkreditirt hatte, so konnte kaum ein Zweifel darüber aufkommen, daß nicht der Staat im eigenen fiskalischen Interesse, so wie in demjenigen des öffentlichen Verkehrs, und dann aber auch noch als Vertreter der Interessen der verschiedenen, namentlich auswärtigen Kreditoren, werde interveniren müssen.

Aus Rücksicht für die verschiedenartigen, durch die Betriebsunterbrechung bedrohten Interessen, so wie im Hinblick auf das ihm vorbehaltenene Recht, erließ der Große Rath auf Grundlage eines staatsrätlichen Rapportes unterm 14. Hornung 1861 ein Dekret, in welchem die vorläufige Staatsintervention verordnet wurde.

In diesem Dekrete verfügte der Große Rath Folgendes: „Der „Staatsrath sei bevollmächtigt, wosfern die Massen-Gläubiger dieses nicht „selbst thun wollten, den Betrieb von Staats wegen fortzusetzen. Zu diesem „Behufe solle in Verbindung mit dem bestehenden Syndikat ein genaues „Inventar über das sämmtliche vorhandene Betriebsmaterial aufgenommen „werden; es sollen keine andern als die für den Betrieb absolut nöthi- „gen Ausgaben gemacht werden; dem Staatsrath sei für die ersten An- „forderungen der Nothwendigkeit ein Kredit von Fr. 15,000 zur Ver- „fügung gestellt; der Betrieb selbst geschehe auf Gefahr und für Rechnung „der Kreditoren, eintretendenfalls unter Vorbehalt des Rückgriffsrechtes „gegen dieselben; und sollten sich diese letztern bis zum 30. April 1861 „für den Selbstfortbetrieb nicht geeinigt haben, so sei schließlich dann- „zumal dem Großen Rathe die Frage wegen allfälliger Verlängerung des „Betriebes von Staates wegen neuerdings zu unterbreiten.“

Es fanden hierauf, und zwar zum ersten Male den 22. Hornung und später, verschiedene Kreditoren-Versammlungen statt. Die bemerkenswertheinste von allen war diejenige vom 11. März, in welcher zur Begutachtung verschiedener Vorschläge eine Kommission von neun Mitgliedern niedergesetzt wurde.

Diese Kommission, zusammengesetzt aus den Repräsentanten und Anwälten der verschiedenen Interessenten, gab sich alle erdenkliche Mühe, einen Ausweg zu finden, wodurch die letzte und verhängnißvollste Eventualität, das Falliment, hätte vermieden werden können. Allein gegen Ende des Monats April befand sich die Gesellschaft dessen ungeachtet in der früheren rath- und hilflosen Lage, inbeß der Zinsfall von der eidgenössischen Million — 1. Mai — vor der Thüre war.

Noch am 30. April genannten Jahres stellten die Bürgen ein Gesuch um Terminserstreckung, worauf jedoch nicht eingetreten wurde. Im Gegentheil wurde dann unterm 24. Mai eine Zahlungsaufforderung erlassen, während an demselben Tage der Große Rath den Staatsrath zur weiteren Betriebsfortsetzung ermächtigt hatte.

Am 18. Juli reichten die Bürgen dem Nationalrathe ein Gesuch ein, welches unter Hinweisung auf die bestehenden Verhältnisse auf einfache

Befreiung von der Bürgschaft dahin und weg abstellte. Der Bericht des Bundesrathes über dieses Gesuch d. d. 26. Juli lautete in ablehnendem Sinne, und dasselbe wurde nun vorerst der nationalrätlichen Petitionskommission zugewiesen, so daß die Vorlage an die h. Bundesversammlung selbst auf die nächste Winteression verschoben werden mußte.

Nun trat aber am 19. August 1861 endlich, was längst vorauszu-
sehen war, auch der Fallimentszustand der Compagnie Neuchâteloise selbst ein.

Angesichts dieses Ereignisses und weil die Gesellschaft jetzt überhaupt nicht mehr rechts-handelnsfähig war, verordnete der Große Rath neuerdings den Betrieb von Staates wegen bis zum 30. November, während das Tribunal auf den 4. November eine Kreditoren-Versammlung angeordnet hatte, die sich dannzumal über die Betriebsfrage aussprechen sollte.

Ohne den Verlauf der Geldtagsverhandlungen des Nähern zu verfolgen, möge hier die Bemerkung Platz finden, daß der Bundesrath auf das Gesuch der Bürger nach Anhörung seiner Rechtsvertreter von der direkten Belangung der erstern vorläufig abstrahirte; dagegen wurden die Bürger für ein und alle Male im Ganzen wie für jede einzelne Rechtsverhandlung zur Intervention herbeigezogen, nebst dem ausdrücklichen Vorbehalte, die Vertretung beliebig in jedem Stadium wieder eintreten lassen zu können.

Die Forderungseingabe am Geldtagsprotokolle der Compagnie Neuchâteloise wurde demgemäß gegen Ende Oktober gemeinschaftlich mit den Bürgern besorgt.

Die Bürger, die sich begreiflicherweise um das Schicksal ihrer beim Nationalrath eingegebenen Petition interessirten, hatten nur wenig Hoffnung mehr auf einen günstigen Erfolg, nachdem bereits schon der Bundesrath auf Abweisung angetragen hatte.

Sie suchten daher ihren Zweck auf anderem Wege zu erreichen. Sie wendeten sich jetzt mit Schreiben vom 6. September 1861 an den Großen Rath, mit dem Ersuchen, er möchte seine Dazwischenkunft zu ihren Gunsten in der Weise eintreten lassen, daß entweder der Staatsrath oder eine hiefür besonders aufzustellende Kommission beauftragt werde, mit dem Bundesrathe bezüglich ihrer Entlastung als Bürger und deren Bedingungen in Unterhandlung zu treten. Das Gesuch wurde zur Vorberathung an die Petitionskommission gewiesen und von dieser mittelst Rapportes vom 26. September/18. November unterstützt, dieses zwar nicht, ohne ziemlich deutlich auf eine finanzielle Btheiligung des Fiskus hinzuweisen.

Der Vorschlag der Petitionskommission wurde in der Großraths-sitzung vom 19. November nach längern Debatten mit 34 gegen 33 Stimmen angenommen. Das Dekret selbst lautet: „Der Staatsrath soll sich mit der Frage befassen, ob und unter welchen Bedingungen

„die Befreiung der Garanten für die eidgenössische Million zu erzielen
 „wäre, und hierüber dem Großen Rathe Bericht eingeben.“

War das Dekret für's Erste schon nur mit Majorität einer einzigen Stimme zu Stande gekommen, so wurde dessen Bedeutung vollends so viel als illusorisch durch eine Nachtragsbestimmung, welche dann mit 39 Stimmen gutgeheißen wurde und dahin lautete, daß überhaupt jede finanzielle Betheiligung, welche der Staat als eine aus dem Dekret selbst abzuleitende Konsequenz übernehmen wollte, dem Veto unterstellt werden müsse.

Unter abschriftlicher Mittheilung obigen Dekretes richtete der Staatsrath von Neuenburg mit Schreiben vom 6. Dezember 1861 die Anfrage: 1) ob der Bundesrath überhaupt geneigt sei, auf einschlägliche Unterhandlungen einzutreten; 2) welchen Standpunkt er sich hiebei vorzeichne, und 3) welches die Bedingungen sein würden, unter welchen die Liberierung der Bürgen zu bewerkstelligen wäre.

Die Beantwortung dieser verschiedenen Fragen sollte dann noch in der Weise beschleunigt erfolgen, daß der Staatsrath seinen darauf zu begründenden Antrag dem Großen Rathe noch in der unterm 16. Dezember wieder aufzunehmenden Sitzung müßte vorlegen können.

Angenommen, der Bundesrath hätte, wie nicht, die Befugniß zu Unterhandlungen im Sinne der gestellten Anfragen besessen, so ist leicht einzusehen, daß sich derselbe bei der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes auf eine solche höchst summarische Behandlungsweise, wie sie durch die peremptorische Fristbestimmung nothwendig bedingt war, niemals hätte einlassen können. Aber auch ganz abgesehen hiervon, so war es schon die etwas seltsame Lage der Dinge an und für sich, welche ein Eintreten zur Zeit geradezu als unthuntlich erscheinen ließ.

Obwol nämlich dem Bundesrathe nicht unbekannt war daß gerade die Bürgen selbst es waren, welche das fragliche Großrathsdekret hervorgerufen hatten, so konnte er doch gleichwol nicht übersehen, daß die Bürgen bereits im Monat Juli ein Gesuch verschiedenen Inhalts beim Nationalrath eingereicht hatten, das vom Bundesrath selbst war begutachtet worden und das sich nun im Portefeuille der nationalrätthlichen Petitionskommission befand. Jenes erstere Gesuch verlangt geradezu unbedingte Entlastung dahin und weg, während das jezige spätere Gesuch ein — wenn auch unbestimmt — bedingtes war. Wenn hier überhaupt Vermuthungen zulässig waren, so lag wol diejenige zu allernächst, daß, im Falle der Nationalrath das Gesuch um unbedingte Entlastung verworfen würde, das mittlerweile gestellte spätere Gesuch als Argument dafür dienen sollte, als seien zur Erreichung desselben Zweckes bereits wieder neue Unterhandlungen im Gange.

Der Bundesrath konnte indessen nicht wissen, ob es von Seite der Bundesversammlung nur auch bei der einfachen Abweisung sein Verblei-

ben haben oder ob nicht möglicherweise noch weiter gehende Beschlüsse gefaßt würden.

Solcher Eventualität gegenüber konnte sich aber der Bundesrath nicht in vielleicht präjudizirlicher Weise auf einen veränderten Standpunkt hinüberziehen lassen.

Der Bundesrath machte daher unterm 16. Dezember dem Staatsrath die Mittheilung, daß er sich, so lange das Begehren der Bürger vom Monat Juli um unbedingte Entlastung bei der Bundesversammlung anhängig sei, auf ein Gesuch veränderten Inhaltes nicht einlassen könne, sich vielmehr damit begnügen müsse, daselbe nebst dem betreffenden Großrathsbekret einfach dem ersten Gesuche ad acta beizulegen.

Es erfolgte hierauf unterm 20. Januar 1862 eine schriftliche Erklärung der Bürger, mittelst deren sie ihr Gesuch vom Monat Juli ausdrücklich widerriefen und gegen dessen Vorlage an die Bundesversammlung Verwahrung einlegten.

Durch diese ausdrückliche und bestimmte Vernehmlassung der Bürger war dann allerdings die Unterlage weggenommen, auf welche allein der nachträglich unterm 16. Februar gleichen Jahres abgegebene Bericht der nationalrätlichen Petitionskommission sich hatte beziehen können, und damit zugleich das Hinderniß beseitigt, welches einer nähern Prüfung der von der Regierung von Neuenburg gestellten Anfragen bezüglich der bedingungsweisen Liberirung der Bürger früher entgegen gestanden hatte.

Der Staatsrath von Neuenburg, welchem diese eingetretene Aenderung in der Sachlage nicht entgangen war, machte dem Bundesrath im Monat März den Vorschlag zur Anbahnung von Unterhandlungen zwischen beidseitigen Abgeordneten. Der Vorschlag wurde angenommen und eine Konferenz in Bern im Monat März angeordnet, bei welcher der Bundesrath durch den Chef seines Finanzdepartements und der Staatsrath von Neuenburg durch zwei seiner Mitglieder vertreten war.

Das Resultat dieser Konferenz läßt sich kurz fassen, und es ließ sich daselbe leicht voraussehen. Die beiden Herren Abgeordneten machten den — zwar unverbindlichen — Vorschlag, der Bundesrath möge gegen Erlegung einer Aversalsumme von Fr. 250,000 und unter Verbehaltung seines Forderungstitels gegen die Eisenbahngesellschaft die Bürger entlasten. Das Departement war der Ansicht, es sollte vielmehr der Staat Neuenburg den Titel übernehmen, wogegen dann auf alle nur möglichen Erleichterungen bezüglich der Rückzahlungstermine könnte Bedacht genommen werden.

Der Bundesrath, über die Konferenzverhandlungen in Kenntniß gesetzt, konnte den von den Neuenburgischen Abgeordneten eingenommenen Standpunkt nicht anerkennen, stellte es aber in das weitere Bemühen des Finanzdepartements, möglicherweise gleichwol noch eine annehmbare Vereinbarung herbeizuführen, unter dem ausdrücklichen Vorbehalte immerhin,

daß jede Zumuthung auf einen theilweisen Kapitalverlust von vornherein außer Verhandlung fallen solle.

Indessen beharrte der Staatsrath von Neuenburg auf der Unmöglichkeit, auf Vorschläge einzutreten, die weiter giengen, als die von ihm selbst gestellten, zumal auch diese selbst in dem Grade an Aussicht auf Erfolg verloren, als die Erneuerungswahlen sich näherten, was sich leicht dadurch erklären läßt, daß der demnächst abtretende Große Rath die Verantwortlichkeit bezüglich der Lösung dieser heikeln Frage lieber seinem Nachfolger überlassen wollte. So hielt man überhaupt ziemlich allgemein dafür, es sei zweckmäßiger, den Zeitpunkt abzuwarten, wo die neuen Behörden konstituiert sein würden.

Die verschiedentlichen Besprechungen mit den hervorragenden und einflußreichsten Männern hatten indessen mehr nur dazu gedient, die herrschende Stimmung und die Verschiedenheit in Anschauung und Auffassung der Sache kennen zu lernen. Die herrschende Stimmung erklärte es als eine moralische Unmöglichkeit, daß 17 Personen als Bürgen einzig für die Million einstehen sollen. Verschiedenheit der Meinung herrschte dann aber darüber: Wer mit den Bürgen in Mitleidenschaft gezogen werden oder ganz an ihre Stelle treten solle. Die Einen möchten das Opfer geradezu dahin und weg der Eidgenossenschaft, Andere hinwieder der Vergewösklung und den beiden Municipalitäten Chauv-de-Fonds und Loche zumuthen, während eine dritte Meinung dahin gieng, es wäre Grund vorhanden, die Million als Staatsschuld zu erklären.

Man darf in der That auch annehmen, daß der Verwirklichung dieser letztern Ansicht unter andern Verhältnissen kaum eine erhebliche Schwierigkeit entgegen gestanden wäre. Bei den damaligen finanziellen Verlegenheiten jedoch und Angesichts des bereits hoch genug geschraubten Ausgabenbudgets glaubte man sich auf Erfolg keine Rechnung machen zu dürfen, und, wollte auch der Große Rath für sich überhaupt eintreten, so würde der Vorschlag, der, weil über mehr als Fr. 500,000 verfügend, der Volksabstimmung unterliegen müßte, an dieser letztern sicher scheitern.

Man darf dreist behaupten, daß bei minder ungünstigen finanziellen Verhältnissen bezüglich der Tilgung der eidgenössischen Forderung weder die Einwohnerschaft, insbesondere diejenige der Berge, noch die Municipalitäten, noch auch der Staat selbst zurückgeblieben sein würden.

Daß aber gerade auf den 17 Personen, welche gleichsam durch Zufall sich solidarisch mit der Gesellschaft verpflichtet hatten, eine besondere Verbindlichkeit ruhen sollte, vermöge deren sie ihr ganzes Vermögen verwirkt hätten, daran glaubte im ganzen Kanton Neuenburg Niemand.

So wie die Sachen nun einmal standen, war mit Theorien jedenfalls Nichts anzgerichtet; es bedurfte praktischer Ideen.

Anspruch auf Ausführbarkeit konnte aber nur eine solche Kombination haben, wobei hin und her die Prinzipien geschont blieben, nichts desto weniger aber beidseitig Konzessionen gemacht würden.

In dieser Richtung durfte wol die Frage vorerst dem Nachdenken anempfohlen werden, ob nicht vielleicht eine Lösung in der Weise herbeigeführt werden könnte, daß nämlich der Staat Neuenburg von sich aus den Vorschlag mache, die Million während 20 Jahren à 5 % oder während 25 Jahren à 4 % verzinsen zu wollen, wogegen dann aber kreditorischerseits auf das Kapital zu verzichten wäre, also daß der Kanton grundsätzlich keine Verbindlichkeit auf das Kapital einzugehe, die dem Volksercuntium zu unterbreiten wäre; die Eidgenossenschaft hinwieder könnte zwar im Prinzip auf keinen Kapitalverzicht eintreten, würde sich aber herbeilassen, die jährlichen Zinszahlungen à conto des Kapitals zu vereinnahmen.

Es ist klar, daß dieser Vorschlag auf nichts Anderes hinausläuft, als auf unverzinsliche, terminweise Rückzahlungen, während aber die obige Form zur nöthigen Umgehung der entgegenstehenden Prinzipien gewählt werden mußte.

Bei solchem Ideenaustausch mußte es vor der Hand sein Bewenden haben und Weiteres der nächsten Zukunft vorbehalten bleiben. In Folge der mittlerweile vorgenommenen Integrationswahlen waren nämlich die obersten Staatsbehörden rekonstituiert worden, und es war, ohne daß solches der nähern Begründung bedürfte, durchaus nicht daran zu denken, den neuen Staatsrath schon gleich in den ersten Monaten mit solcher Frage zu behelligen.

Anlässlich der Prüfung des Geschäftsberichtes für das Jahr 1861 stellte dann die ständeräthliche Kommission, indem sie unter Anderm auf den Umstand aufmerksam machte, daß der ausstehende Jahreszins von der eidgenössischen Million von Fr. 50,000 nicht in den Vermögensetat pro 31. Dezember 1861 aufgenommen worden sei, daß im Eingange zitierte, von der Bundesversammlung mit modifizirter Fristbestimmung angenommene Postulat, welches die gegenwärtige Berichterstattung veranlaßt hat.

Was nun vorerst die Auslassung im Vermögensetat anbetrifft, so muß hierseits bemerkt werden, daß dieß keineswegs in der Absicht geschah, den betreffenden Rückstand stillschweigend nachzulassen, sondern es geschah lediglich aus dem Grunde, weil man finden mußte, daß der wirkliche Eingang dieses Zinses mit Rücksicht auf die gegenwärtige Sachlage höchst zweifelhaft sei, und daß es deßhalb rathsam erscheine, diese Forderung einstweilen nicht als einen wirklichen Bestandtheil des eidgenössischen Staatsvermögens zu betrachten. Von einem absichtlichen Falllassen des Zinses kann um so weniger die Rede sein, als derselbe im Geldstag angegeben und unter die rückständigen Zinse zwar aufgenommen, aber die Summe selbst nicht *en lingne de compte* gesetzt worden ist. Dieß hat zur Folge, daß später, wenn daorts wirklich ein Verlust eintreten sollte, alsdann keine Abschreibung vom Staatsvermögen vorgenommen werden muß. Präjudizirtliches liegt in diesem Verfahren durchaus

nichts, und im Privatleben würde man unter ähnlichen Verhältnissen vollkommen gleich handeln.

Weil nun die ständeräthliche Kommission in den ihrem Postulat vorangestellten Motiven hypothetisch die Art und Weise des formellen Verfahrens bezüglich der Erzielung eines theilweisen Nachlasses wegen „mangelnder Einbringlichkeit“ berührt hat, und solche entweder in einem Vorgehen des Bundesrathes, oder in einem Vorgehen der Bürger erblickt, so möge man es nicht unpassend finden, wenn hier auf diese Fragen — als namentlich darauf, wem die Initiative eigentlich zukomme, des Näheren eingetreten wird, und hiebei erscheint dann die bloße Alternative: „ob Bundesrath, ob Bürger“ als zu beengt, insofern damit die Schranken für die in Sachen handelsbemühtigten Personen geschlossen werden wollten.

In der Stellung des Bundesrathes, als Repräsentant der Creditorschafft, hatte es nicht liegen können, von sich aus zu Gunsten der Gesellschaft und der Bürger als Debitoren und Codebitoren bei der Bundesversammlung zu interveniren, und es scheint auch eine solche Auffassung der ständeräthlichen Kommission fremd gewesen zu sein, indem diese selbst sich also ausdrückt: „so ist es Sache des Bundesrathes, beziehungsweise der Bürger“. Mit dieser Ausdrucksweise konnte wol nichts Anderes gesagt sein, als daß die Bürger beim Bundesrath ein Nachlassgesuch hätten eingeben und dieser das letztere an die Bundesversammlung gelangen lassen müssen.

Ein derartiges Gesuch der Bürger lag nun aber nicht vor; denn das erstere Gesuch, das die Bürger direkt an den Nationalrath gerichtet hatten, verlangte einfach die unbedingte Entlastung von der Bürgschafft, und das in Erzeugung dieses erstern eingegebene spätere Gesuch, zu dessen Träger der Staat Neuenburg sich herbeigelassen hatte, war auf Loskauf der Bürger gegen eine von Staates wegen zu bezahlende Noerfallsomme gerichtet. In beiden Fällen war aber das grundsätzliche Eintreten auf Rückzahlungsbedingungen, resp. Erleichterungen oder Nachlaß bezüglich des Anleihekaptitals von einer Million vermieden worden.

Durch die eingetretene Integralerneuerung der obersten Landesbehörde hat auch, namentlich in der zuletzt erwähnten Richtung, die Sachlage insofern eine veränderte Gestalt angenommen, als man bis jetzt nicht weiß, welche Haltung der dermalige Große Rath in der Angelegenheit beobachten und ob derselbe wieder da würde anknüpfen wollen, wo sein Vorgänger die Sache hatte stehen lassen. Die Situation hat sich dadurch wieder sehr vereinfacht:

„Die Forderung der Million sammt Zinsen unter Mitwirkung der Bürger am Geldtagsprotokoll der Gesellschaft eingeben unter dem expresseu Rechtsvorbehalte zu Gunsten der Creditorschafft, diese Bürger und Mitschuldner gegen Abtretung dießseitiger Forderungsbrechte beliebig und jederzeit direkt um das Ganze belangen zu können.“

Die Gründe, warum das Letztere nicht schon geschehen ist, sind zum Theil schon früher angeführt worden; der Belangung der 17 Bürgen hätten nämlich eben so viele Fallimente auf dem Fuße folgen müssen.

Daß ein solches Vorgehen einer moralischen Unmöglichkeit gleichkommen würde, mochte zwar längst Jedermann gefühlt haben; hiebei war aber der wesentliche Unterschied in der Anschauungsweise der, daß man auf der einen Seite sich auf dem Standpunkt bewegte, als befinde sich die eidgenössische Verwaltung einfach in der Lage eines Creditoren, der einen schlechten Titel erworben habe und sich, wie jeder Andere, den Chancen eines ihn treffenden Verlustes fügen müsse; unmöglich sei es aber, daß die Eidgenossenschaft sich auf Kosten des vollständigen Ruins von 17 Familien würde indemnifiziren, d. h. die 17 Bürgen gleichsam zum Märtyrertum berufen wollen; wogegen hinwieder auf anderer Seite die Ansicht vorwaltete, es stünden der weitaus größere Theil der Bergbevölkerung, die beiden Municipalitäten La Chaux-de-Fonds und Yverle, wie auch der Staat selbst in einem viel zu engen Verhältnisse mit der durch ihre greisbaren 17 Repräsentanten eingegangenen Haftbarkeitsverpflichtung, als daß man es von dieser Seite auf extreme Maßregeln gegenüber den Bürgen dürfte ankommen lassen, in welchem Falle dann aber die letztern vielmehr als die Opfer ihrer moralisch zur Mitleidenschaft verpflichteten Genossen zu betrachten sein würden.

Was die erstere Ansicht anbetrifft, welche die eidgenössische Verwaltung einfach in das Gebiet eines Privatmannes verweist, der bei Verwendung seiner Kapitalien nicht die gehörige Sorgfalt gebraucht habe, so sieht dem die bestellte Personalbürgschaft gegenüber, welche dazumal in Folge aller Erhebungen als eine durchaus wahrhafte war angepriesen worden. Einen Privatmann aber, und diesem gleich eine juristische Person, der von einem durch zweiseitigen Vertrag erworbenen Rechte Gebrauch macht, kann aus diesem Grunde allein ein Vorwurf nicht treffen, dieses auch nicht vom rein moralischen Standpunkte aus betrachtet.

Wenn daher nichts desto weniger das natürliche, jedem Menschen inwohnende Rechtsgefühl sich bei dem Gedanken empört, daß die 17 Bürgen mit ihren Familien auf die Gasse gestellt werden könnten, so mag der Grund hievon wol nur allein in den der zweiten Ansicht unterlegten engern Beziehungen Dritter — zwar in einem äußerlichen Rechtsverbande nicht versangenen — Personen zu dem Haftbarkeitsverhältniß der 17 Bürgen zu finden sein; und hierin gerade liegt auch der Schwerpunkt für die Beantwortung der Frage: „Wem pflichtgemäß wegen Liberirung der „Bürgen die Initiative gebühre? Wer an ihrer Stelle oder mit ihnen „zugleich als haftbar für die Hauptschuld sich der Eidgenossenschaft entgegen zu stellen habe?“

Es würde entweder die Regierung einer ganzen Reihe von Thatsachen oder dann die vollständige Mißkennung deren wahrer Bedeutung dazu gehören, um sich der Täuschung hingeben zu können, als ob den 17 Bürgen

in Wahrheit diejenige isolirte Stellung zukomme, in welcher man sie meist zu erblicken gewohnt war, und als ob dann alle Humanitätsrücksichten sich auf die fraglichen 17 Personen oder Familien konzentriren müßten.

Hierüber kann man aber nicht anders zu einer festen, klaren Uebersetzung gelangen, als indem man auf den originären Standpunkt der ganzen Frage zurückgeht, dem allmätigen Verlaufe folgt, und dann aber dabei, — worauf ein ganz besonderes Augenmerk zu richten ist, — die Btheiligung der handelnden Personen in ihrem wahren Lichte erscheinen läßt,

Bevor nun der Bundesrath in diesen Theil seiner Berichterstattung des Näheren eintritt, findet er sich veranlaßt, über den gegenwärtigen Stand der Liquidation einige Mittheilungen zu machen.

Die in Sachen gepflogenen Verhandlungen lassen sich auf folgende Punkte resumiren:

- 1) Abstimmungsmodus;
- 2) Betrieb der Bahn, und
- 3) Verschmelzung der beiden Massen.

I. Abstimmungsmodus.

Da die Bestimmungen des neuenburgischen Fallitengesetzes, welche die Gläubigerberatungen beschlagen, verschiedene Auslegungen zulassen, so gaben sich daorts verschiedene Meinungen kund, und die Sache wurde daher dem Appellationshofe überwiesen, welche Behörde u. A. folgenden maßgebenden Entscheid faßte:

„Um einem Beschluß Rechtsgültigkeit zu verleihen, muß zugleich „Mehrheit der Stimmen und Mehrheit des Betrags vorhanden sein, „d. h. eine Stimme mehr als die Hälfte der anwesenden oder durch „Bevollmächtigte vertretenen Gläubiger und über die Hälfte des Betrags „der durch die stimmenden Gläubiger eingeschriebenen Summen.

„Sollte jedoch diese doppelte Mehrheit nicht eintreffen, so würde „der zwischen der Mehrheit der Stimmen und der Mehrzahl der Summen „entstandene Konflikt zu einer neuen Abstimmung der Gläubiger führen, „welche zu diesem Zwecke, — aber auch nur in einem solchen Falle — „in sieben Kategorien sich theilen werden, nämlich:

- „1. Kategorie: Die Gläubiger des Anleiheß von Fr. 1,500,000.
- „2. „ „ „ „ „ „ 3,000,000.
- „3. „ „ Der Bevollmächtigte des „eidgenössischen Darleihenß.
- „4. „ „ Die Gläubiger des Anleiheß von „ 1,635,000.

- „5. Kategorie: Die Municipalität von Chaux-de-Fonds.
 „6. „ Die Municipalität von Yverdon, und endlich
 „7. „ alle andern eingeschriebenen Gläubiger.
 „Die Träger von Urteln, welche verschiedenen Kategorien angehören,
 „stimmen in jeder dieser Kategorien.
 „Jede dieser sieben Kategorien wird einen Beschluß mit Mehrheit
 „der Stimmen fassen.
 „Jede Kategorie zählt für eine Stimme, und die Mehrheit dieser
 „sieben Stimmen entscheidet definitiv über den entstandenen Konflikt.“

II. Betrieb der Bahn.

Bekanntlich hatte die Regierung von Neuenburg schon vor Ausbruch des Fallimentes den Betrieb der Bahn auf Gefahr und Rechnung der Massagläubiger übernommen. Unterm 4. Wintermonat 1861 wurden letztere von der Regierung aufgefordert, den Betrieb selbst zu übernehmen, und zwar im Weigerungsfalle bei Verlust der Konzeßion.

Dessen ungeachtet dauerte der Staatsbetrieb noch bis zum 31. Jänner 1861 fort; und da die während dieser Zeit stattgefundenen Unterhandlungen der Gläubiger behufs einstweiliger Verpachtung der Bahn zu keinem Resultate führten, so übernahmen dann sämtliche Gläubiger vom 1. Hornung an den Betrieb der Bahn, unter der Bedingung jedoch, daß ihre Haftbarkeit nicht über den Betrag der Aktiven der Fallimentsmasse ausgedehnt werden könne.

Zur Leitung des Betriebs wurde ein Verwaltungsrath von sieben Mitgliedern ernannt, gemäß den vom Appellationshof aufgestellten sieben Gläubigerkategorien. Der Bevollmächtigte der Bürgen wurde mit der Vertretung der hierseitigen Interessen beauftragt.

III. Verschmelzung der beiden Konkursmassen.

Wie bereits hievor angedeutet wurde, hatte die Compagnie Neuchâteloise ihre Rechte und Verbindlichkeiten einer neuen Gesellschaft, nämlich der Compagnie d'Exploitation abgetreten. Unter der Verwaltung dieser Gesellschaft wurden die Hypotheken errichtet, welche den verschiedenen Anleihen als Garantie dienen. Infolge Vetreibung des Tunnelunternehmers Martinal mußte diese Gesellschaft, wie dann später die Compagnie Neuchâteloise, den Geldstg anrufen.

Da die Massen der beiden Gesellschaften sich annähernd gleich standen, so wurde die Uebereinkunft getroffen, dieselben zu vereinigen, um auf diese Weise eine Menge Schwierigkeiten, die im Verlaufe der Liquidation aufgetaucht wären, vorzubeugen.

Nach Lösung dieser drei Fragen konnte endlich zur Liquidation der beim Gerichte eingelangten Eingaben geschritten werden.

Nach den Bestimmungen des neuenburgischen Gesetzes bildet die Liquidation einer Forderungseingabe denjenigen Akt des Gerichtes, welcher dem resp. Gläubiger die Anerkennung seiner bei der Faillite erhobenen Rechte ausdrückt. Die Gläubiger haben nur sämtliche Anforderungen (1460 an der Zahl) prüfen müssen, und bei dieser Operation sind sodann vier Prozesse entstanden, nämlich zwei mit dem Tunnelunternehmer Martinal, wegen beanspruchter Priorität; einer mit einigen Besitzern von Partialobligationen, welche die Gültigkeit der vorangehenden Hypotheken bestreiten, und einen mit den beiden ersten Hypothekargläubigern, welche die reinen Einnahmen der Bahn während der Dauer der Liquidation zur Deckung ihrer rückständigen Zinsen beanspruchen; zwei davon sollen im laufenden Monat vorläufig in erster Instanz beurtheilt werden.

Außer den berührten Fragen, die durch Urtheilsspruch ihre Lösung finden müssen, sind noch folgende zwei, welche jedoch nach dem Wunsche der Gläubiger auf dem Wege der Transaktion erledigt werden können.

Die erste und wichtigste dieser Fragen betrifft die von der Franco-Suisse wegen gemeinschaftlicher Benutzung des Bahnhofes in Neuenburg. Die dahierigen Unterhandlungen haben noch zu keinem Resultate geführt.

Die zweite Frage betrifft die Abrechnung der Masse mit den expropriirten Eigenthümern. Bei der Failliterklärung war die Bahn noch nicht vollständig abgegränzt; die Arbeit wird indessen fortgesetzt und muß vollendet sein, bevor zur definitiven Schätzung der Bahn geschritten werden kann.

Aus den eingelangten Inscriptionen läßt sich der Stand der Passiva der Faillite folgendermaßen darstellen:

1) Bevorzugte Forderung der Angestellten, ungefähr	Fr. 90,000
2) Gesamtbetrag der den expropriirten Eigenthümern noch schuldigen Summen, ungefähr	„ 30,060
3) Hypothekarobligationen:	
1) Basler Bankverein, Kapital	„ 1,500,000
2) 2. Anleihen, Stockmayer-Witbbolz	„ 3,000,000
3) 3. „ Eidgenossenschaft	„ 1,000,000
4) 4. „ Prämienanleihen, Anschlagswert (val. 24. Dezember 1860)	„ 1,810,000
5) 5. „ Municipalitäten	
Chaux-de-Fonds	„ 1,700,000
Yverle	„ 850,000
4) Handschriften, einfache Schuldanerkennungen	„ 605,000

Total der Passiven Fr. 10,585,000

Die Ansätze und der Rang der unter den Ziffern 1, 2 und 4 angeführten Schuldschriften können noch Veränderungen erleiden je nach dem Ausgang der dato noch schwebenden Prozesse.

Die Aktiven der Fallimentsmasse bestehen aus:

1) der Eisenbahn, welche vorläufig gewerthet wurde auf	Fr. 14,000,000
2) einer Schuldschrift auf Hrn. Dr. Stockmayer .	" 600,000
3) verschiedenen Mobiliargeräthschaften, Schuldsforderungen und baarem Gelde zc. zc.	" 179,000
Total	Fr. 14,779,000

Die vorläufige Schätzung der Bahn auf Fr. 14,000,000 hat wenig Bedeutung für die Hypothekargläubiger, da nach den einschlägigen Bestimmungen des betreffenden neuenburgischen Gesetzes die verpfändeten Immobilien auf Grundlage einer zwischen den Gläubigern und dem Schuldner, oder falls dieselben sich nicht verständigen können, vom Richter festgesetzten Summe verkauft werden müssen. Obige Schätzung wird nun offenbar von den Prioritätsgläubigern nicht angenommen werden und kann auch bei der Frage, ob das eidgenössische Darlehen durch den Verkaufspreis gedeckt werden wird, nicht als Grundlage dienen.

Durch den bekannten Groprathsbeschluß vom 16. Februar 1860 ist nicht nur den Eisenbahnen die Eigenschaft, als Hypothek verpfändet zu werden, zuerkannt worden, sondern derselbe hat auch dem gesammten beweglichen Betriebsmaterial, so wie allen zu dessen Unterhalt nöthigen Gegenständen die Eigenschaft von Immobilien verliehen.

Deßhalb mußte zwischen den Mobilien, welche nicht als integrirender Theil der Bahn betrachtet werden können und denjenigen, welche einen notwendigen Bestandtheil derselben ausmachen, eine Auscheidung vorgenommen werden. Diese Auscheidung ist unter Beiziehung von Sachverständigen vorgenommen und von den Gläubigern genehmigt worden. Es tritt nun der Fall ein, daß ein neues Inventar angefertigt werden muß, um einerseits dasjenige zu bestimmen, was der Immobilienmasse und daher den Hypothekargläubigern gehört, und andererseits dasjenige als Mobiliarmasse, wozu auch die andern Gläubiger berechtigt sind.

Dieses ist in Kürze der gegenwärtige Stand der Liquidation der Jurabahn.

Der Bundesrath kann jedoch diesen Theil seiner Berichterstattung nicht schließen, ohne noch der Schritte zu erwähnen, welche von Seite einiger Gläubiger behufs Abschlusses der Liquidation gethan worden sind. Mehrere Bevollmächtigte von Gläubigern haben sich vereinigt, um eine Uebereinkunft zu treffen zur gemeinschaftlichen Uebernahme des Betriebes der Bahn während einer gewissen Zeitdauer.

Nach dem Projekte sollte die Uebernahme durch die drei ersten Hypothekargläubiger stattfinden, nämlich:

- 1) Die Inhaber von Obligationen des Anleihe von 1½ Millionen Franken, erste Hypothek;

- 2) die Inhaber von Obligationen des Anleihe von drei Millionen Franken, zweite Hypothek, und
- 3) die Schweizerische Eidgenossenschaft oder deren Rechtsnachfolger für ihr Darlehen von einer Million Franken, dritte Hypothek.

Einem durch die erwähnten Gläubiger zu ernennenden Ausschusse von fünf Mitgliedern sollte nach dem Entwurfe namentlich obliegen:

- 1) die Wahrung der Rechte der drei Anleihen im Konkurse;
- 2) die Uebernahme der Bahn nebst Betriebsmaterial und aller derjenigen Aktiven der Masse, welche als zu der Bahn oder dem Betrieb gehörend, oder als Ergebnis des auf Rechnung der Masse bisher besorgten Betriebes aus der Konkursmasse verlangt werden können, zu einem Preise jedoch, welcher den Betrag der drei Anleihen nebst Zinsen nicht übersteigt;
- 3) die Organisation und Leitung des Betriebes der übernommenen Bahn;
- 4) bei stattfindendem Wiederverkauf der Bahn die Liquidation der Forderungen der drei Anleihen nach den in einem besondern Paragraphen festgestellten nähern Bestimmungen;
- 5) falls eine nachgehende Gläubigerklasse die Bahn nebst Zugehör übernehmen wollte, der Abschluß eines Abkommens, das die Bezahlung der Forderungen der drei Anleihen sichert.

Die Uebereinkunft sollte vorläufig bis zum Februar 1865 dauern, zu welchem Zeitpunkte dann die Bahn an eine öffentliche Steigerung gebracht würde. Insofern jedoch der Erlös nebst allfälligen andern Aktiven der Gesellschaft nicht deken sollte, so könnte der Verkauf längstens bis zum Februar 1867 verschoben werden.

In dem Projekte, welches bei den Akten liegt und auf welches hierseits für Näheres verwiesen wird, ist im Fernern festgestellt, wie die Einnahmen verwendet werden sollen. Auch die Eidgenossenschaft war eingeladen worden, dem Abkommen beizutreten; der Bundesrath glaubte jedoch demalen nicht in der Stellung zu sein, in Sachen einen Entscheid zu fassen.

Vom Standpunkte des Gläubigers möchte die Annahme des Projektes rathsam erscheinen, zumal sich die Einnahmen der Bahn bei namhaft wohlfeilerem Betrieb derselben in der letzten Zeit wesentlich vermehrt haben und die diejährige Rechnung bereits einen Einnahmenüberschuß von zirka Fr. 120,000, welcher auf die Verzinsung des Obligationenskapitals verwendet werden kann, herausstellen wird.

Für das künftige Jahr wird ein noch wesentlich besseres Resultat in Aussicht gestellt, so daß, weil die Betriebsseinnahmen für den Werth der Bahn maßgebend sind, durch Verschiebung des Verkaufes derselben nur gewonnen werden könnte.

Ob aber das Projekt bei der gegenwärtigen Lage der Dinge überhaupt realisirbar sei, oder ob sich nicht vielmehr demselben unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen werden, ist eine Frage, die allenfalls noch einer genaueren Untersuchung unterstellt werden muß.

Und nun zur nähern Beleuchtung der Bürgerschaftsfrage kurz noch Folgendes:

Als bekannt, weil früher schon erwähnt, wird vorausgesetzt die Aktienbetheiligung des Staates im Betrage von drei Millionen, — als bekannt, der wegen dieser finanziellen Staatsbetheiligung im Art. 9 der Statuten aufgenommene Vorbehalt einer verhältnismäßigen Vertretung der Staatsbehörden im Verwaltungsrathe der Gesellschaft.

In Gemäßheit dieses Art. 9 hatten für den im Ganzen aus 32 Mitgliedern zusammengesetzten Verwaltungsrath im Jahr 1856 ernannt:

Der Staatsrath 8 Mitglieder, darunter 2 Herren Staatsräthe; die Bourgeoise Neuchâtel, die beiden Municipalitäten La Chaux-de-Fonds und Locle je 4, und endlich die Gesellschaft der Aktionäre 12, zusammen 32 Mitglieder.

Im engern, aus 5 Mitgliedern bestehenden Ausschusse (bureau) des Verwaltungsrathes saßen 3 Repräsentanten der Aktionäre; von den beiden Municipalitäten je einer. In das 6 Mitglieder zählende Direktionskomite waren sodann ferner gewählt worden 4 Verwaltungsräthe der Aktionäre, 1 staatsrätlicher Verwaltungsrath, und als sechster gleichzeitig Sekretär ein Verwaltungsmitglied der Municipalität Locle.

Staatsrath, Municipalitäten und Aktionäre waren demnach in Gemäßheit der vorbeschriebenen personellen Zusammensetzung in den drei verschiedenen Kollegien repräsentirt, und nur allein die Bourgeoise Neuchâtel hatte keine Vertreter weder im engern Ausschusse des Verwaltungsrathes, noch im Direktionskomite.

Auf den 25. März 1858 hatte das Direktionskomite die Mitglieder des Verwaltungsrathes behufs Entgegennahme einer sehr wichtigen Mittheilung außerordentlicher Weise in La Chaux-de-Fonds versammelt.

Die Mittheilung selbst gieng im Wesentlichen dahin: Stockmayer befinde sich mit seinen Verbindlichkeiten bezüglich des Prämienanleiheus im Rückstande; darum befinde sich die Gesellschaft außer Stand, ihre Verpflichtungen gegenüber den verschiedenen Unternehmern zu erfüllen, und diese letztern hinwieder machten Miene, die Arbeiten einzustellen. In dieser Besorgniß und namentlich in der Absicht, die Sistirung der Arbeiten zu verhüten, habe das Direktionskomite vorläufig den Bundesrath um die Bewilligung eines jedenfalls nur temporären Anleiheus von einer Million begrüßt und habe auch die Stimmung im Allgemeinen günstig gefunden, wiewol aber der Bundesrath im Hinblick auf das Bundes-

reglement für Darleihen aus den eidgenössischen Fonds nicht anders als gegen Personalbürgschaft von Seite des gesammten Verwaltungsrathes oder doch wenigstens der Mehrzahl der Mitglieder eintreten könne.

Die Lage muß dringend gewesen sein, und jedenfalls dringender als nach Außen hin verlautet hatte. In dem der Aktionärversammlung untern 29. Mai vorgelegten Berichte heißt es einfach: „Das Anleihen von einer „Million sei gemacht worden, einerseits, um in die Arbeiten keine Verzögerungen zu bringen, und dann andererseits, um die Gesellschaft in die „Lage zu versetzen, ihr: Verbindlichkeiten allen ihren Lieferanten und Unternehmern gegenüber zu erfüllen und gegen Niemanden im Rückstand zu „bleiben, da dieses eben sowol dem Interesse der Guthabenden als der „Gesellschaft selbst widerstreiten würde.“

Um aus der fatalen Lage herauszukommen, resp. die eidgenössische Million zu erhalten, war es also nöthig, daß sich die Mehrzahl der Verwaltungsräthe als Bürgen dargebe. Daß dagegen eine ausschließliche Zahl derselben für ihre Kollegen und überhaupt die ganze Gesellschaft eine solche weitgehende Verpflichtung so mir nichts dir nichts persönlich hätte eingehen wollen, davon war gar keine Rede. Vielmehr hatte das Direktionskomite im Namen der Gesellschaft denjenigen eine vollständige Rückversicherung anboten, welche sich zu der Unterzeichnung des Bürgschaftsaktes zu Gunsten der Eidgenossenschaft herbeilassen würden. Der betreffende Rückversicherungsakt wurde noch in der Session abgefaßt und lautet in möglichst wörtlicher Uebersetzung wie folgt:

„Das Direktionskomite der neuenburgischen Eisenbahngesellschaft durch „den industriellen Jura, handelnd in seinem eigenen Namen und als „Vertreter der Gesellschaft, in der Absicht, diejenigen Mitglieder des Verwaltungsrathes, welche sich dem Bundesrathe gegenüber als Bürgen für „das eidgenössische Anleihen konstituirt haben gegen alle Eventualitäten, „durch welche sie aus der übernommenen Haftungspflicht betroffen werden „könnten, sicher zu stellen,

„erklärt mit Gegenwärtigem, daß die Gesellschaft zu ihren Gunsten „in förmlichster Weise die Verpflichtung übernimmt, jeder Forderung, „welche an sie (die Bürgen) gestellt werden könnte, zuvor zu kommen, „ihre Partei zu übernehmen, im Falle man sie gesondert belangen „würde, — Alles zu bezahlen, was etwa von ihnen gefordert sein würde, „und ihnen Rückzahlung zu leisten für alle und jede Beträge, welche sie „in Folge der übernommenen Verpflichtung bezahlt haben oder bezüglich „welcher sie bloßgestellt sein würden, —

„verhaftet zu diesem Zwecke zu deren Gunsten das sämmtliche bewegliche und unbewegliche Vermögen der Gesellschaft, welches eintretendfalls verkauft werden kann, wo dann der erzielte Erlös an die Erfüllung „der in gegenwärtigem Sicherstellungsakt enthaltenen Verpflichtungen verwendet werden soll.

„Chaux-de-Fonds, den 25. März 1858.

„Im Namen der Gesellschaft,“
(Folgen die Unterschriften).

Gegen diese Rückficherheit ließen sich dann 17 Mitglieder des Verwaltungsrathes zur Unterzeichnung des dem Bundesrathe einzuliefernden Bürgschaftsaktes für die zu gewärtigende eidgenössische Million herbei; sie hatten sich aus der Zahl gefunden wie folgt:

- 5 vom Staatsrath erwählte Verwaltungsräthe;
- 3 Verwaltungsräthe der Munizipalität La Chaux-de-Fonds;
- 2 Verwaltungsräthe der Munizipalität Locle;
- 7 Verwaltungsräthe der Aktionäre.

Da 17 bereits die Mehrzahl von 32 waren, so hörte man dann mit Unterzeichnen auf, sonst hätten Andere auch noch unterzeichnet.

Die hievor benannten Bürgen haben also die Bürgschaft für das eidgenössische Anleihen übernommen:

fürs Erste unter der bestimmten Voraussetzung, daß dasselbe als ein bloß temporäres in Wälde und also auf Termin abbezahlt werde; und sodann

fürs Zweite unter der Bedingung, daß man sie eintretendenfalls nicht stecken lasse.

Das Erstere hatte man ihnen durch die bestimmte Zusicherung plausibel gemacht, daß der Ertrag vom Stockmayerschen Prämienanleihen für die Rückzahlung der Million bestimmt sei,

und das Letztere hatte man ihnen im Namen der Gesellschaft in Urschrift versprochen.

Die Behauptung, daß die Million aus dem Ertrage des Stockmayerschen Anleiheus hätte zurückbezahlt werden sollen, erscheint im Ganzen als neu; sie ist aber darum nicht minder wahr; denn der Verwaltungsrath in seiner gedruckten Berichterstattung an die Generalversammlung der Aktionäre vom 29. Mai 1858, Seite 11, Nr. 2, Alinea 3, Satz 2, sagt, wie schon im Eingang erwähnt, wörtlich Folgendes:

„Dieses eidgenössische Anleihen (per 1 Million) hat einen nur vorübergehenden Charakter, und es wird dasselbe aus dem Ertrage des zweiten, in Stuttgart zum Abschluß gekommenen Anleiheus zurückbezahlt werden“ („et il sera remboursé avec le produit du second emprunt que nous avons fait à Stuttgart“). Diese Ausdrucksweise läßt gewiß keine verschiedene Deutung zu.

Nun war aber, was wohl zu beachten ist, der fragliche Rapport, welcher den hievor angeführten Passus enthält, dem Verwaltungsrathe zuvor in seiner Sitzung vom 24. Mai im Projett verlesen und von ihm gut geheißsen worden; und hierin liegt gleichzeitig der Beweis, daß im Schoße des Verwaltungsrathes selbst die Rückzahlung aus dem Ertrage des zweiten Stuttgarter Anleiheus diskutirt und vorgesehen worden war, indem der Verfasser des Rapportes nie eine derartige Disposition eigenmächtig von sich aus hätte treffen können.

Sobald nun aber die betreffende Erklärung in offizieller Weise der Generalversammlung abgegeben und dann auch noch im Druck publizirt

war, so gewann dieselbe die Bedeutung eines öffentlich gegebenen Versprechens.

Man hatte sich seinerzeit beinahe Vorwürfe darüber gemacht, daß man die diesfällige frühere mündliche Zusage nicht auch expreß im Schuld-titel vom 1. Mai 1858 hatte aufnehmen lassen; allein abgesehen davon, daß es nicht darauf ankommen konnte, zu wissen, aus welcher Klasse das dereinst zurück zu zahlende Geld geflossen sein würde, so hat dann das bezügliche spätere Versprechen im Rapport vom 24. Mai die Lücke, — sofern nun auch von einer solchen die Rede sein könnte, — vollkommen geschlossen.

Wenn man nun auch bedenkt, von wem es ausgegangen war, so ließ das gegebene Versprechen schon keinen Zweifel mehr darüber zu, daß nicht die Gelder vom zweiten Stockmayerischen Anleihen in erster Linie an die Rückzahlung der eidgenössischen Million würden verwendet werden. Dann konnte man sich diesfalls auch aus dem Grunde für beruhigt halten, weil es im eigenen wohlverstandenen Interesse zumal der Bürgen lag, daß das Versprechen wirklich innegehalten werde, und es hatten dieselben auch in der That die beste Gelegenheit, auf Alles zu achten, was vorgieng.

Das Versprechen wurde nichts desto weniger keineswegs innegehalten. Die diesfällige Unterlassung muß aber doch sicher allen denjenigen in ihrer Gesamtheit zur Last fallen, welche das Versprechen gemacht haben und welche von der Umgehung desselben wußten; es wußten es aber sowol die Repräsentanten des Staates, als diejenigen der Municipalitäten und Aktionäre gar wohl, und zwar sämmtliche, als der Ertrag des Stockmayerischen Anleiheus in anderer Weise zur Verwendung kam.

Die Bürgen, als solche, ließen es sich gegenüber geschehen, und als Repräsentanten des Staatsraths, der beiden Municipalitäten und der Aktionäre haben sie zu der Umgehung mitgeholfen, resp. ihre Vollmachtgeber dabei implizirt, und die übrigen Verwaltungsräthe thaten in letzterer Beziehung dasselbe. Es vermögen sich daher weder Staatsrath, noch Municipalitäten, noch Aktionäre der diesfälligen Mitverantwortlichkeit zu erwehren.

Man möchte vielleicht einwenden, daß dem fraglichen Versprechen und dessen Nichterfüllung eine allzugroße Wichtigkeit beigelegt werde; man bedenke aber dagegen, daß, wäre dasselbe eingehalten worden, das Darleihen der Eidgenossenschaft bezahlt sein und die Bürgen sich nicht in ihrer jezigen Lage befinden würden. Die Herren Bürgen, als gleichzeitige Bevollmächtigte des Staatsrathes, der Municipalitäten und der andern Aktionäre hatten auch die Interessen ihrer Vollmachtgeber, die mit hohen Summen bei dem Unternehmen theilhaftig waren, wahrzunehmen, und so geschah es, daß die vom zweiten Stockmayerischen Anleihen eingehenden Gelder für den Bahnbau, statt an Rückzahlung der eidg. Million, verwendet wurden, wiewol schon dazumal nicht mehr abzusehen war,

aus welchen andern Mitteln die Rückzahlung später überhaupt noch möglich sein würde.

Auch darf man nicht annehmen, daß gerade dieses Moment etwa von den Betreffenden unbeachtet an diesen vorübergegangen sei; denn es erhellt vielmehr das Gegentheil aus dem „Mémoire sur l'affaire du million fédéral,“ wo der mit allen Details wohl vertraute Verfasser (Bürge, gleichzeitig Repräsentant der Municipalität (Chaux-de-Fonds) Seite 5, letzter Satz, eine diesfällige Entschuldigung vorbringt mit den Worten:

„Solchen Personen, welchen die Frage fremd ist, möchte es vielleicht scheinen, die Bürgen, welchen derartige Erklärungen zur Seite standen, hätten von der Gesellschaft verlangen müssen, daß das nur temporäre Anleihen von einer Million aus den ersten eingehenden Geldern zurückbezahlt würde. Und in der That hätten die Bürgen es auch nicht besser verlangt, als ihrer eingegangenen Verpflichtungen so bald als möglich los zu werden, da namentlich auch ihr Kredit unter dem Druke der falschen Stellung, in die sie hineingerathen waren, alsbald zu leiden begonnen hatte; allein man fand die Mittel nie, um herauszukommen. Auf der einen Seite mußte die Verwaltung die aus den verschiedenen Anleihen zufließenden Gelder an Zahlung der Unternehmer verwenden, welche mit Einstellung der Arbeiten und Rechtstrieb drohten, während auf der andern Seite die Bürgen, indem sie auf die Rückzahlung der eidg. Million drangen, die ganze Verantwortlichkeit des ausbrechenden Falliments mit seinen traurigen Folgen auf sich geladen hätten.“

So hatten dann die Bürgen auf der einen Seite als solche auf die Erfüllung des gegebenen Versprechens, auf die Rückzahlung der Million aus dem zweiten Stockmayer'schen Anleihen für sich verzichtet oder, wenn man so will, verzichten müssen, und dann aber hinwieder auf der andern Seite als bevollmächtigte Verwaltungsräthe lediglich im Interesse der Gesellschaft und zur Sicherung gleichzeitig der von ihren Vollmachtgebern in das Unternehmen eingeworfenen Gelder die Rückzahlung unterlassen helfen, dann aber auch gleichzeitig gerade der ihnen übertragenen Vollmachten halber die Vollmachtgeber selbst dessen theilhaftig gemacht.

Man sollte meinen, wenn auch nur die Repräsentanten des Staatsraths, und namentlich die beiden betreffenden Mitglieder dieses letztern ihr Gewicht zu Gunsten der Rückzahlung aus dem Ertrage des besagten Anleihens in die Waagschale gelegt hätten, so würde die Rückzahlung wol auch erfolgt sein. Als eine Anforderung des Billigkeitsgefühles mag es dagegen erscheinen, daß hier gesagt werde, daß die Verhältnisse eben Jedermann über den Kopf gewachsen waren, und daß die einlangenden Gelder jeweilen kaum nur zur momentanen Verhütung des Falliments ausreichten, die Rückzahlung aus dem gedachten Anleihen also bereits zur Unmöglichkeit geworden war.

Nur möge man dann aber die Last der Ereignisse nicht auf den Schultern weniger Einzelnen liegen lassen wollen!

Uebergehend auf den zweiten, insbesondere wesentlichen Punkt, was nämlich die den Bürgen sub 25. März 1858 vorläufig vom Direktionskomite, Namens der Gesellschaft, ausgestellten Garantien anbelangt, deren Inhalt weiter oben vollständig zitiert ist, so ist dießfalls vor Allem Folgendes zu notiren:

Diese Garantie, welche zu Gunsten von 17 seiner Mitglieder ausgestellt war, hat der Verwaltungsrath in seiner Sitzung vom 24. Mai 1858 definitiv bestätigt. Da nun dieses Kollegium überhaupt aus 32 Personen zusammengesetzt war und von diesen nur 15 bei der Bürgschaft unbetheiligt waren, so hat entweder diese Minderheit die Mehrheit garantirt, oder es haben zu der Bestätigung der Garantie auch die 17 Bürgen mitgewirkt, und dann aber haben diese sich selbst garantirt. Der Verwaltungsrath beschloß, daß überdieß auch noch die Ratifikation von Seite der auf den 29. Mai bevorstehenden Generalversammlung der Aktionäre solle eingeholt werden. Die Ratifikation erfolgte dann auch in folgender Fassung:

„Die Generalversammlung der Aktionäre,
 „nach Anhörung des Rapportes des Verwaltungsrathes u. u.,
 beschließt:

„Die Gesellschaft verspricht den 17 Mitgliedern des Verwaltungsrathes, welche sich der Eidgenossenschaft gegenüber als Bürgen dargegeben haben, volle Haftung, genehmigt und ratifizirt die in dieser Richtung vom Direktionskomite ihnen ausgestellten Erklärungen.“

In dieser Versammlung waren wiederum der Staat nebst den beiden Municipalitäten La Chaux-de-Fonds und Locle repräsentirt, und es haben diese für die Bestätigung fraglicher Garantie die ihnen nach dem Verhältnisse ihrer Aktienbetheiligung zukommende Stimmenzahl geltend gemacht, nämlich je 10 und zusammen 30.

Es bedarf keiner tiefgehenden Erörterung, um nachzuweisen, daß die fragliche Garantie nach jeder Richtung hin durchaus untauglich war.

Fürs Erste muß nämlich ins Auge gefaßt werden, daß die bezüglichen Garantieerklärungen von einer Gesellschaft von Aktionären ausgegangen waren, und daß aber Aktionäre gemäß den Grundsätzen, durch welche eine derartige vertragmäßige Verbindung von Personen beherrscht wird, auf ein Mehreres nicht verpflichtet sind, als für den Betrag ihrer Aktienzeichnungen.

Wollte man aber fürs Andere vielleicht zur Geltung bringen, gerade aus dem Grunde, weil die Aktionäre nur für ihre Aktienzeichnung behaftet seien und sie aber dann gleichwol über diese Verbindlichkeit hinaus freiwillig eine weitere eventuelle Haftungspflicht zu Gunsten der Bürgen eingegangen seien, so habe sich in solcher Weise ein besonderes Rechtsverhältniß zwischen Aktionären und Bürgen gebildet, das mit der Stellung der Ersteren als bloßer Aktionäre nichts mehr gemein habe und also auch nach gewöhnlichen Grundsätzen zu beurtheilen sei, so muß dagegen dieser

Umstand von vornherein schon darum außer Erörterung fallen, weil in dem den Bürgen zugestellten Garantiedokument expresse ausgedrückt ist, daß die Haftung sich auf das Gesellschaftsvermögen beziehe. Ueber dieses letztere hinaus kann darum auch die Aktionäre bezüglich der ausgesprochenen Garantie eine etwaige weitere persönliche Verpflichtung nicht treffen.

Fürs Dritte hatten sich die Bürgen in dem Schuldtitel zu Gunsten der eidg. Million zwar wol mit dem Hauptschuldner solidarisch verpflichtet müssen, so daß man also Zahlungs halber immer direkt und mit Auslassung des Hauptschuldners hätte an sie gelangen können. Es würde dagegen sicher Niemandem eingefallen sein, Zahlung von den Bürgen zu verlangen, so lange die Gesellschaft selbst ihre diesfälligen Verbindlichkeiten erfüllt hätte.

Die Bürgschaft hatte also eigentlich doch nur einen Sinn für den Fall, wo die Gesellschaft selbst nicht mehr zu zahlen vermögen und auch kein zur Deckung ausreichendes Gesellschaftsvermögen vorhanden sein würde. Dann freilich müßten die Bürgen zur Zahlung berufen werden. Und gerade dieser Fall war es ja aber, „wenn die Bürgen bezahlt haben oder bloßgestellt sein würden,“ wofür man ihnen Schadloshaltung mittelst des Gesellschaftsvermögens versprochen hatte.

Dieses war aber, wie leicht einzusehen ist, eine reine Illusion.

Wollte man sich etwa darüber wundern und nach einem Erklärungsgrunde forschen, wie es überhaupt möglich gewesen, einen derartigen völlig unnützen Privatschadlosakt auszustellen und hinzunehmen, so darf dies allerdings nicht als das Ergebnis längern Nachdenkens oder reiflicher Ueberlegung dargestellt werden. Alles geschah damals im Drange der Umstände: das Faktiment der Gesellschaft rückte von einem Tag zum andern näher heran; das Unternehmen, welches von der großen Mehrzahl der Bergbevölkerung gehegt und gepflegt wurde, sollte zu Grunde gehen und damit die Staats- und Gemeindegeldbetheiligung von mehreren Millionen Franken für immer verloren sein. Diesen Eventualitäten gegenüber war die eidgenössische Staatskasse schon halb geöffnet, eine Million erhältlich gegen einige Unterschriften, und diese Unterschriften glaubte man sicher gestellt durch ein Schadlosversprechen u. So und nicht anders haben sich die Sachen zugetragen! Mit einer Million, glaubte man, sei für alle Zukunft gründlich geholfen, und im Allgemeinen erwartete man von dem Unternehmen in der Zukunft das Beste.

Es möge nicht auffallend erscheinen, daß man im gegenwärtigen Bericht auch das Schadlosversprechen berührt hat; denn es hat dieß seinen guten Grund. War man auch bei der Unterzeichnung der Bürgschaft, wie bei der Ausstellung des Schadlosversprechens mit derselben Leichtigkeit zu Werke gegangen, so zeigt sich aber jetzt zwischen beiden der wesentliche Unterschied, daß die erstere rechtliche Wirksamkeit erlangt hat und die letztere dagegen nicht. Deshalb auch wurde bezüglich des Schadlosversprechens der rechtliche Standpunkt längst aufgegeben und dagegen aber:

um so bestimmter eine moralische Verbindlichkeit behauptet, welche in Kürze folgendermaßen resumirt werden kann.

Im Direktionskomite, im Verwaltungsrath, wie in der Generalversammlung der Aktionäre vom 29. Mai 1858 war der bestimmte unterschiedene Wille vorhanden, daß die Bürgen bezüglich der Namens Aller übernommenen Verpflichtungen nicht leiden, am wenigsten aber einzig und allein leiden sollten. Man suchte nach einem Mittel, diesen Willen zu Gunsten der Bürgen für die Folge wirksam zu machen. Man glaubte dieses Mittel darin gefunden zu haben, daß man diesen Willen zu Händen der Bürgen verbriefte, und indem man dann zugleich der Wirksamkeit dieses Mittels durch Hinweisung auf das Gesellschaftsvermögen Wahrscheinlichkeit verlieh. Das angewendete Mittel zwar hat sich in der Folge als untauglich erwiesen. Dagegen liegt der verbrieft Willensausdruck noch in den Händen der Bürgen. Es existirt die größte moralische Verpflichtung, daß die Bürgen nicht im Stiche gelassen werden und an ihre Stelle namentlich alle diejenigen treten, welche in der Generalversammlung vom 29. Mai 1858 zum Schadlosversprechen gestimmt haben, indem sie gemeinschaftlich die Schuld- und Zahlungspflicht anerkennen.

Es ist hier nicht der Ort, schon irgendwie auf eine Klassifikation der Betheiligung einzutreten, und eben so wenig kann dermalen die Frage bezüglich der Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer Mehr- oder Minderleistung in Betracht fallen. Das Erstere wäre später Sache der Betheiligten unter sich, und der letztere Punkt könnte wol nur bei wirklichen Unterhandlungen zur Sprache gebracht werden.

Gegewärtig handelt es sich vielmehr nur um die Anerkennung des Prinzips im Allgemeinen, und dieses zwar hauptsächlich nur zu dem Zwecke, damit man bei allfälligen spätern Unterhandlungen zum Voraus und allseitig darüber im Klaren sei, welche Stellung Jedermann dabei einzunehmen habe. Je offener und prompter die erwartete Anerkennung erfolgen würde, desto mehr Werth würde derselben beizumessen sein; gewiß wäre sie das geeignetste Mittel zur Anbahnung von neuen Unterhandlungen, insofern man darin ein freiwilliges und darum mit Recht auch Wohlwollen beanspruchendes Entgegenkommen erblicken müßte.

Gestützt auf vorstehende Erörterungen und indem wir die Erklärung abgeben, daß wir in dieser Angelegenheit die Interessen der Eidgenossenschaft nach allen Richtungen aufs beste wahren werden, halten wir dafür es sei in Sachen zur Zeit keine besondere Schlußnahme zu fassen.

Genehmigen Sie, Tit., die erneuerte Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Bern, den 3. Dezember 1862.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:

Stämpfli.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schies.

Bericht des Bundesrathes an die h. Bundesversammlung über den Stand des Anleihens an die Eisenbahngesellschaft des Jura industriel. (Vom 5. Dezember 1862.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1862
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	58
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.12.1862
Date	
Data	
Seite	585-620
Page	
Pagina	
Ref. No	10 003 915

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.